

BILDUNG IST MEHRWERT!

TARIFRUNDE 2008

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**Dezember
2007**

Inhalt:

Tarifauseinandersetzungen – worum geht's?

von Dr. Friedrich Sendelbeck S. 3

Schwerpunkte der Tarifrunde 2008

von Günther Mitteregger S. 5

Es wird uns nichts geschenkt

von Ilona Deckwerth S. 7

Die Tariflandschaft der GEW Bayern

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 9

Tarifverträge in der Weiterbildung sind die Ausnahme

von Peter Weiß S. 11

Zur Entwicklung des durchschnittlichen Einkommens von Lehrkräften an öffentlichen Schulen

von Ilse Schaad S. 13

Lokführer als Avantgarde?

von Detlef Hensche S. 15

Bildung öffnet Türen

Das IBZ-Sprache stellt sich vor
Interview mit Gaby Schmitt von der IG München S. 18

Hilfe für die Kinder und Jugendlichen in Dersim

von Haydar Isik S. 20

Leserbriefe

S. 21

Bücher ... Bücher ... Bücher

S. 22

Dies und Das

S. 24

Veranstaltungen

S. 26

Glückwünsche und Dank

S. 26

Kontakte

S. 28

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 4 4 0 8 1 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.gew-bayern.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-5389487 e-mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger, Wolfram Witte.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago/Rainer Unkel

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Wichtig! ... Wichtig! ... Wichtig! ... Wichtig! ... Wichtig!

Beitragsquittung 2007

Die Februar-Ausgabe 2008 von »Erziehung und Wissenschaft« wird wieder als Beilage die Beitragsquittung für das Jahr 2007 enthalten.

Wir bitten deshalb um Aufmerksamkeit.

Diese Beitragsquittung enthält naturgemäß persönliche Daten und muss dementsprechend vor fremden Blicken geschützt werden. Sie wird deswegen wieder durch Perforation bzw. Verklebung wie ein Brief verschlossen.

Wer trotzdem Datenschutzbedenken hat und deswegen die Quittung nicht auf diesem Wege zugeschickt bekommen will, möge dies bitte bis spätestens 17. Dezember 2007 in der GEW-Landesgeschäftsstelle melden:

GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München

Fax: 0 89/5 38 94 87; E-Mail: gn@bayern.gew.de

Sie bzw. er wird dann vom Versand der Beitragsquittung ausgenommen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die DDS-Redaktion verabschiedet sich bis zum Februar 2008, denn im Januar erscheint, wie üblich, keine DDS.

Wir wünschen geruhige Feiertage und einen guten Beginn des Jahres 2008.

Die Redaktion

UNIVERSITÄT REGENSBURG

In den Naturwissenschaftlichen Fakultäten I - IV sind zwei Stellen für Lehrkräfte für besondere Aufgaben (BesGr E13)

im Angestelltenverhältnis befristet bis zum 31.08.2012 zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Die Stelleninhaber/innen sollen den Bereich »Didaktik Naturwissenschaft und Technik« in der Lehre vertreten. Die Lehrverpflichtung beträgt 16 SWS. Zu den Aufgaben der Stelleninhaber/innen gehören die fächerübergreifende fachwissenschaftliche und fachdidaktische Ausbildung im neu einzurichtenden Studienfach »Naturwissenschaft und Technik« für Grund- und Hauptschule und die Beteiligung an der fachdidaktischen Ausbildung in den übrigen naturwissenschaftlichen Lehramtsstudiengängen.

Einstellungsvoraussetzungen sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium in mindestens einem naturwissenschaftlichen Fach (Physik, Chemie, Biologie), pädagogische Eignung und mindestens zwei Jahre hauptberufliche Lehrtätigkeit an einer Schule nach dem 2. Staatsexamen oder die Promotion in einem naturwissenschaftlichen Fach mit anschließend mindestens zweijähriger hauptberuflicher wissenschaftlicher Tätigkeit an einer Hochschule oder eine äquivalente Qualifikation. Für bereits verbeamtete Lehrkräfte besteht die Möglichkeit der Beurlaubung oder der Abordnung.

Bei gleicher Qualifikation werden Schwerbehinderte bevorzugt.

Die Universität strebt eine Erhöhung des Frauenanteils an und fordert daher qualifizierte Kandidatinnen ausdrücklich zur Bewerbung auf.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Qualifikationen, Zeugnisse, Urkunden) sind

bis zum 7. Januar 2008

an AORin Barbara Saß, NWF III – Biologie, Didaktik der Biologie Universität Regensburg, D-93040 Regensburg, zu richten.

Frau Saß steht auch für Rückfragen zur Ausschreibung zur Verfügung.



Tarifauseinandersetzungen – worum geht's?

Foto: imago/imagebroker

In Tarifverhandlungen – das wissen alle, die einmal in solchen Auseinandersetzungen standen – geht es zuallererst um die Verteilung des gemeinsam Erarbeiteten. Deshalb gilt es zunächst einen Blick darauf zu werfen, was an Werten in unserem Land erarbeitet wurde. Das Statistische Bundesamt¹ gibt für das Jahr 2006 ein nominales Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,3 Billionen Euro an und damit eine Steigerung um 2,5 % zum Vorjahr. Verglichen mit dem Startjahr 1990 (damals waren es etwa 1,5 Billionen Euro) sind das etwa 50 % an Zuwachs.

Es ist fast müßig zu fragen, ob alle Teile des Volkseinkommens (Löhne und Gehälter, Renten, Sozialtransferzahlungen, Steuern, Gewinne) auch in diesem Maße gestiegen sind. Selbst die vom DGB selbst herausgegebenen Statistiken zeigen, dass in den letzten Jahren die Einkommen der ArbeitnehmerInnen jedenfalls

Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – in Deutschland 1991 bis 2006 in Mill. EUR

1991	1.534.600
1992	1.646.620
1993	1.694.370
1994	1.780.780
1995	1.848.450
1996	1.876.180
1997	1.915.580
1998	1.965.380
1999	2.012.000
2000	2.062.500
2001	2.113.160
2002	2.143.180
2003	2.161.500
2004	2.207.200
2005	2.241.000
2006	2.307.200

Quelle: Statistisches Bundesamt:
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 2007

in keiner Weise mitgewachsen sind. Das hat den einfachen Grund, dass Löhne und Gehälter eben nicht automatisch wachsen, auch wenn es in der BeamtenInnenbesoldung manchmal den Anschein hat – aber auch dort wird in der Regel nur das übertragen, was zuvor in Tarifrunden erreicht worden ist. Verteilung findet eben nicht durch eine neutrale Instanz statt, die sich um größtmögliche Gerechtigkeit bemüht.

Im Gegenteil, die staatliche Steuer- und Finanzpolitik der letzten Jahre hat nicht unerheblich zur Umverteilung von unten nach oben beigetragen. Wer will, kann auf den Internetseiten des Bundesfinanzministeriums dessen Steuerstrategie der letzten Jahre betrachten.² Der Spitzensteuersatz wurde von 53 % im Jahr 1998 auf 42 % im Jahr 2005 abgesenkt. EinkommensmillionärInnen erhielten dadurch ein zusätzliches Steuergeschenk von 110.000 Euro jährlich. Auch die Kosmetik mit der sog. Reichensteuer, von der im Jahr 2007 ausdrücklich Gewinneinkünfte ausgenommen sind, macht diese Steuerausfälle und die Umverteilung in die Taschen der Gutsituierten nicht rückgängig. Noch verheerender hat sich jedoch die gravierende Absenkung der Körperschaftssteuer ausgewirkt. Betrug diese 1998 noch 45 %, war es das »Verdienst« von Hans Eichel, diese Steuer 2001 auf 25 % abzusenken, bei gleichzeitigen weiteren Steuererleichterungen für die Unternehmen. Der Staat hat dadurch seither allein hier auf fast 80 Milliarden Euro Steuern verzichtet.

¹ Die statistischen Angaben kann man im Internet unter www.destatis.de finden (noch einfacher: jede Suchmaschine findet unter »Bruttoinlandsprodukt 2006« diese Angaben).

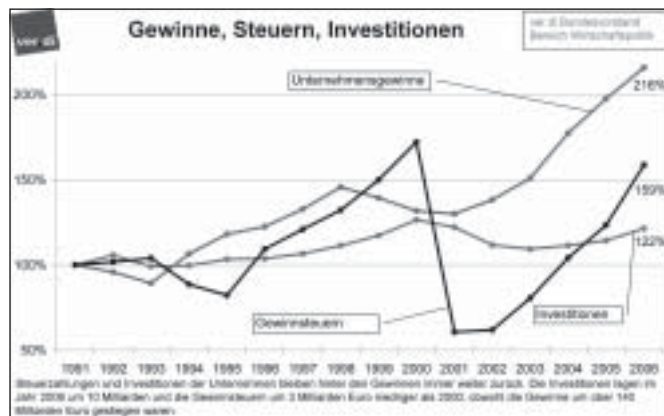
² Vgl. »Die Steuerpolitik der Bundesregierung. Grafische Darstellungen, internationale Vergleiche«, 2006, S. 2 (auch zu finden auf der Homepage des BMF)

Hatten die Kapitalgesellschaften, die diese Steuern zu zahlen haben, im Jahr 2000 noch 23,6 Milliarden Euro an den Fiskus überwiesen, so erhielten sie 2001 per saldo 400 Millionen Euro zurück.³ Man hat versucht, die größten Schnitzer von Hans Eichel in den Folgejahren zu korrigieren, aber erst 2006 erreichte diese Steuer wieder annähernd den Stand des Jahres 2000, und das, obwohl die Gewinne in diesen Jahren um fast 50 % höher lagen als im Jahr 2000.⁴

So kommt es, dass manche Großkonzerne niedrigere Steuersätze bei ihren Gewinnen haben als der durchschnittlich verdienende Beschäftigte, wie die folgende Tabelle zeigt⁵:

in Euro	Ergebnis vor Steuern	bezahlte Steuern	bezahlter Steuersatz
Allianz	7,88 Mrd.	1,37 Mrd.	17 %
BASF	5,93 Mrd.	2,25 Mrd.	38 %
BMW	3,29 Mrd.	0,60 Mrd.	18 %
DaimlerChrysler	3,44 Mrd.	0,70 Mrd.	20 %
Deutsche Bank	6,11 Mrd.	0,96 Mrd.	16 %
Deutsche Post	3,05 Mrd.	0,31 Mrd.	10 %
E.ON	10,24 Mrd.	1,06 Mrd.	10 %
Metro	1,39 Mrd.	0,50 Mrd.	36 %
Siemens	3,38 Mrd.	1,09 Mrd.	32 %
ThyssenKrupp	1,80 Mrd.	0,35 Mrd.	19 %

Mittlerweile ist die Kapitalertragssteuer sogar auf 15 % herabgesetzt worden; immer mit der Begründung, Steuer geschenke an die Unternehmer würden zu mehr Investitionen führen. Allerdings macht kein Unternehmen seine Investitionen von Steuer geschenken abhängig, sondern von Markt- und Absatzchancen. Folglich sanken in den Jahren nach den Steuer geschenken an die Kapitaleseite die Investitionen, wie die folgende Grafik zeigt:



Die Investitionszurückhaltung auf Unternehmensseite ist auch dadurch erklärlich, dass die für den Binnenmarkt wichtige Kaufkraft fehlt und – hier schließt sich der Teufelskreis – nicht durch eine aktive Tarifpolitik in diesen Jahren aufgebrochen werden konnte. Zwischenfazit: Was sich die Beschäftigten in den Tarifaueinandersetzungen nicht holen konnten, fehlt ihnen dann als Kaufkraft und beeinflusst die Nachfrage und damit die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft.

³ Vgl. isw-information: Unternehmenssteuer-Reform 2008: Viel Geld fürs Kapital, S. 3 (ebenfalls im Internet zu finden)
⁴ Ebd.
⁵ Vgl. L. Jarass, G. M. Obermair: Unternehmenssteuerreform 2008, S. 120-124

Da der Staat im Moment überhaupt nicht daran denkt, z. B. durch einen gesetzlichen Mindestlohn wenigstens nach unten eine Haltelinie einzuziehen, bleibt es die Aufgabe der Beschäftigten, sich organisiert selber um ihre Einkommenssituation zu kümmern. Vom Gesetzgeber ist jedenfalls kaum Hilfe zu erwarten, wenn man einmal von den bescheidenen Versuchen der Ausdehnung des Entsendegesetzes auf weitere Branchen absieht. Die Beschäftigten müssen auch deshalb selber dafür sorgen, dass sie ihren Anteil am erarbeiteten Reichtum erhalten. Dies ist ihnen in den letzten sechs Jahren immer weniger gelungen. Die Folge: Die Lohnquote ist seit 1990 bis 2006 etwa wieder auf den Stand von 1970 abgestürzt, wie die folgende Grafik zeigt:



Damit liegt die Bundesrepublik deutlich hinter dem Durchschnitt der 15 alten EU-Länder zurück. Dass dies auch verhängnisvolle Auswirkungen auf diese Länder hat, leuchtet sofort ein, wenn man sich die deutsche Exportweltmeisterschaft betrachtet, die nicht nur einen ständigen Verstoß gegen das deutsche Stabilitätsgesetz darstellt, nach dem Import und Export in einem ausgeglichenen Verhältnis stehen müssen, sondern auch den Export von Arbeitslosigkeit in die Exportländer – und da steht die EU an der Spitze.

Allen Unkenrufen zum Trotz: Nur was wir in Tarifaueinandersetzungen bereit sind, uns zu holen, notfalls auch zu erstreiken, das werden wir in unserer Tasche haben. Die Einsicht dafür bei möglichst vielen Beschäftigten zu wecken, ist unsere gemeinsame Aufgabe. Denn nur gemeinsam sind andere Tarifaueinandersetzungen als die der letzten Jahre erreichbar. Geht es nach den Arbeitgebern, werden wir noch weniger bekommen, bei weiterer Verlängerung der Arbeitszeit. Wenn wir wieder mehr als in den letzten Jahren von dem von uns allen erarbeiteten Reichtum abhaben wollen, müssen wir selbst dafür sorgen. Tarifaueinandersetzungen sind Verteilungskämpfe. Wer kämpft, kann verlieren; wer nicht kämpft, hat schon verloren. Oder mit den Worten von Erich Kästner:

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!

von Dr. Friedrich Sendelbeck
 Gewerkschaftssekretär bei ver.di
 Mitglied des Kreisvorstandes der GEW Nürnberg



Schwerpunkte der Tarifrunde 2008

»Oh glückliche Pädagoginnen-Zunft, oh ihr Erzieherinnen mit eurer zukunftsträchtigen Berufswahl« ließe sich ausrufen, nähme man/frau¹ die derzeit wieder einmal inflationär grassierenden Versprechungen von CSU und Staatsregierung für bare Münze, wonach Bildung und Erziehung in den nächsten Jahren im Mittelpunkt der politischen Arbeit der Staatsregierung stehen sollen. Zeugt das von Einsicht in die große Bedeutung der Arbeit in Kindertagesstätten, Schulen und in Fort- und Weiterbildung? Genießen die pädagogischen Berufe endlich steigendes Ansehen? Für weite Teile der Bevölkerung scheint das tatsächlich zuzutreffen. Aber offenbar nicht für die Arbeitgeber der Kommunen, Länder, des Bundes und der kirchlichen und weltlichen Wohlfahrtsverbände. Anders lassen sich die fortwährenden Verschlechterungen, die diese ihren Beschäftigten zumuten, nicht erklären.

Die von der GEW im Frühjahr 2007 in Auftrag gegebene KiTa-Studie ergab u. a., dass Erzieherinnen ein durchschnittliches Brutto-Monatsgehalt von 2.100 Euro haben. Damit liegen sie noch deutlich unter dem Durchschnittseinkommen anderer »typischer Frauenberufe«. Das pädagogische Personal mit FH- bzw. Universitätsabschluss steht da etwas besser da.

Aber allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist eines gemeinsam: Sie haben in den letzten Jahren mit Reallohnverlust, mit Personalabbau und Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen die Zeche dafür gezahlt, dass wegen verfehlter Steuer- und Einnahmepolitik in Verbindung mit einer daraus resultierenden schlechten Binnenkonjunktur auf allen Verwaltungsebenen »kein Geld mehr vorhanden war«. Die Kolleginnen haben zähneknirschend in Kauf genommen, dass sie seit Mitte der 90er Jahre von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt wurden (in einigen West-Bundesländern beträgt der Lohnabstand zur Privatwirtschaft bis zu 10 %). Viele dieser Kolleginnen – vor allem Berufsanfängerinnen und Beschäftigte in Ballungsgebieten – mussten sich einen Zweitjob suchen, um ihren Lebensunterhalt finanzieren zu können.

Und nun kommt die Tarifrunde 2008. Welche Forderungen an die Arbeitgeber der

Kommunen und des Bundes sind denkbar oder notwendig?

Deutliche Lohnerhöhung

Nach jahrelanger Lohnzurückhaltung erwarten die meisten der gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen von der Tarifrunde 2008 eine kräftige Lohnerhöhung. Diese Erwartung ist angesichts der deutlich gestiegenen Steuereinnahmen auf allen Ebenen verständlich. Schließlich sind Steuern, Preise und Abgaben in den letzten Monaten zum Teil drastisch gestiegen und auch die Inflationsrate lag zuletzt wieder bei über 2 %. Auch die teilweise erfreulich hohen Lohnabschlüsse in der Privatwirtschaft lassen eine spürbare Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst erwarten. Eine weitere Abkoppelung des öffentlichen Dienstes innerhalb der Gesamtentwicklung aller Einkommen würde sich auf die Qualität des öffentlichen Dienstes negativ auswirken. Denn warum sollte jemand, der es sich aussuchen kann, einen Beruf ergreifen, der spürbar schlechter bezahlt wird und der zum Teil in der Öffentlichkeit ein geringes Ansehen hat, wenn die Sicherheit des Arbeitsplatzes zunehmend schwindet, mit welcher bisher diese Nachteile kompensiert wurden.

Neue Entgeltordnung

Über die Lohnerhöhung hinaus ist für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst in dieser Tarifrunde eine weitere Forderung von Bedeutung: Alle neu eingestellten Berufsanfängerinnen, aber auch langjährig Beschäftigten, deren Arbeitsverträge sich geändert haben, verdienen plötzlich weniger als ihre am gleichen Arbeitsplatz fortlaufend beschäftigten Kolleginnen. Warum? Mit der Abschaffung des BAT verschwanden auch die Bewährungs-, Fallgruppen- und Tätigkeitsaufstiege sowie die Vergütungsgruppenzulagen aus der Vergütungsarithmetik des öffentlichen Dienstes. Der neue Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes sollte schließlich schlanker, transparenter und einfacher werden. Weggefallene Vergütungsbestandteile sollten durch die



¹ Die in diesem Artikel bewusst gewählte weibliche Form soll der Tatsache Rechnung tragen, dass der deutlich größere Teil der Beschäftigten in den pädagogischen Berufen Frauen sind. Selbstverständlich gelten die Forderungen für alle Beschäftigten. Es sei hier noch die Frage erlaubt, ob die schlechte Bezahlung dieser Berufsgruppen etwas mit dem Bild der Frauenberufe zu tun hat?



Kombination aus Tabellenentgelt, Neuregelung der Entgeltgruppen (Vergütungsgruppen), Leistungsentgelt sowie Jahressonderzahlung und ggf. Erschwerniszuschläge weitgehend kompensiert werden.² Soweit die Theorie.

In der Praxis haben sich die Arbeitgeber des TVöD-Bereichs bis in die letzte September-Woche hinein geweigert, über diese Entgeltordnung, die gemäß Tarifvertrag zum 30. September 2007 in Kraft treten sollte, auch nur zu verhandeln. Sie begründen dies damit, dass die öD-Gewerkschaften nicht über die Meistbegünstigtenklausel reden wollen, die nach

Meinung der Arbeitgeber durch die Wochenarbeitszeitregelung des TV-L ausgelöst wurde. Mit diesem Argument blockieren sie auch die Verhandlung über die sog. »Restanten«, d. h. Detailfragen des Tarifvertrages, die bereits abgesprochen, aber noch nicht schriftlich vereinbart waren.

Da alle neu abgeschlossenen, aber auch geänderten Arbeitsverträge für die Arbeitgeber im TVöD in der jetzigen Form günstiger sind, besteht aus ihrer Sicht natürlich kein gesteigerter (Ver-)Handlungsbedarf.

Aufgrund der Fristsetzung zur Einigung über eine Entgeltordnung bis zum 30.09.2007 läuft auch der Überleitungstarifvertrag TV-Ü in wichtigen Regelungen zum 30.09.2007 aus. Deshalb muss auch die Verlängerung der Übergangsregeln bis zum Abschluss der Entgeltordnung eine unserer Forderungen werden.

Sollten, aus welchen Gründen auch immer, die Verhandlungen über die neue Entgeltordnung nicht im Rahmen der laufenden Tarifverhandlungen abgeschlossen werden können, muss sichergestellt werden, dass bis zum Abschluss dieser Entgeltordnung das alte Eingruppierungsrecht des BAT in vollem Umfang weiter gilt. Denkbar wäre dazu die Forderung nach einer sog. Rückfallklausel.

Solidarität mit dem Osten

Nach dem Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« müssen wir unsere Kolleginnen aus den Ost-Bundesländern bei ihrer berechtigten Forderung nach vollständiger Angleichung der Gehälter und Gehaltsbestandteile selbstverständlich unterstützen. Die Lebenshaltungskosten zwischen Ost und West haben sich ja in den letzten Jahren bereits angeglichen – da ging es ja auch.

Offensiv diskutieren

Noch einmal: Warum sollten die Arbeitgeber über eine Entgeltordnung verhandeln, wenn sich wegen der fehlen-

den Vereinbarung erhebliche Lohnkosten einsparen lassen?

Hier gilt es, offensiv an der Diskussion um den gesellschaftlichen Bedarf z. B. an einem Ausbau der Krippenplätze anzusetzen. Woher sollen denn die vielen zusätzlichen Erzieherinnen für die neuen Kinderkrippen in unserem Land kommen? Eine überdurchschnittlich lange Ausbildungsdauer bei unterdurchschnittlicher Vergütung und einem Brutto-Einstiegsgehalt von 1.764 Euro im Monat ist kein wirklicher Anreiz, diesen Beruf zu ergreifen. Auch können auf diese Weise die allgemein anerkannten gestiegenen Anforderungen an Professionalität und Qualifikation nur konterkariert werden.

Selbst aktiv werden

Neben der Frage, wie viel unserer Gesellschaft Bildung und Erziehung wert sind, stellt sich für uns als Betroffene und Gewerkschaftsmitglieder auch noch eine weitere Frage: Was sind wir bereit, für die Verbesserung unserer Bezahlung und unserer Arbeitsbedingungen zu tun? Denn es reicht nicht aus, die vorhandene Situation zu beklagen und darauf zu vertrauen, dass »die Gesellschaft« unseren Einsatz für die zukünftigen Generationen schon irgendwann honorieren wird.

Wenn wir der Meinung sind, dass gute Arbeit auch erfordert, für Qualität und Verantwortung angemessen bezahlt zu werden, dann muss die Gesellschaft unsere Forderungen und die Gründe dafür auch mitbekommen. Wir müssen uns Gehör verschaffen – in Gesprächen mit den Eltern und mit den Kolleginnen. Wir müssen uns zeigen, wie das kürzlich über 2000 KollegInnen auf der Demonstration in Nürnberg taten. Nutzen wir dazu bis zum März die allorts stattfindenden Veranstaltungen im bayerischen Kommunalwahlkampf!

Vielleicht zwingen uns die Arbeitgeber sogar zu Warnstreiks oder weiterführenden Arbeitskämpfmaßnahmen. Wir werden in den nächsten Wochen über die folgenden Schritte in dieser Tarifrunde entscheiden müssen. Dazu brauchen die Kolleginnen und Kollegen aus dem Kommunal- und Bundesbereich die Unterstützung und die Solidarität aller anderen bayerischen GEW-KollegInnen – genauso wie im Jahr darauf die angestellten Lehrkräfte an den Schulen und die Beschäftigten im Hochschulbereich dann von den jetzt Betroffenen die Unterstützung und Solidarität brauchen werden. Anders geht's nicht!

Die Ergebnisse der Tarifordnung 2008 im öffentlichen Dienst entscheiden auch über die Bezahlung und Eingruppierung der Beschäftigten bei den Kirchen und den Wohlfahrtsverbänden. Deren Arbeitgeber können sich nicht beliebig lange von der Tarifregelung im öffentlichen Dienst abkoppeln, ohne Qualitätseinbußen zu riskieren.

² Die GEW hat ihre Vorstellungen zu den Entgeltordnungen für den Sozial- und Erziehungsdienst sowie die angestellten Lehrkräfte bereits diskutiert und veröffentlicht. Diese Vorschläge können in der Landesgeschäftsstelle angefordert werden und sind auf der Homepage der GEW unter www.gew.de/Entgeltordnung_2.html abrufbar.

von Günther Mitteregger

Stellvertretender Vorsitzender der GEW Bayern



Es wird uns nichts geschenkt

Es gab schon mal bessere Zeiten für Gewerkschaften. Da konnten sie regelmäßig Lohnerhöhungen verkünden, Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen oder kürzere Arbeitszeiten. Die meisten Beschäftigten im Bildungsbereich kamen in den Genuss der Tarifergebnisse, ohne selbst etwas dazutun zu müssen. Schließlich gab es die große ÖTV und danach die noch viel größere ver.di, die gewaltig und mächtig auftraten.

Als GEWlerIn war man oder frau ja ohnehin schon ziemlich aktiv und solidarisch und bezahlte den Gewerkschaftsbeitrag, und das, obwohl auch alle, die im billigeren Beamtenbund waren oder sich jegliche Mitgliedsbeiträge sparten, das gleiche Gehalt überwiesen bekamen.

Da sieht es mit tariflichen Frohbotschaften zum Fest in heutiger Zeit deutlich schlechter aus. Die neuen großen Tarifverträge des öffentlichen Dienstes, der TVöD (Bund und Kommunen) und der TV-L (Länder) brachten manche herbe Einschnitte mit sich: z. B. die niedrige Eingruppierung der Neueingestellten oder das Zurückstufen auf Erfahrungsstufe Zwei im Falle eines Arbeitgeberwechsels. Dies trifft nicht nur die Beschäftigten im Hochschulbereich empfindlich.

Die Tariflandschaft zersplittert zunehmend und fordert die Gewerkschaften auf immer mehr Feldern. Günther Schedel-Gschwendtner zeigt im nächsten Artikel auf, wie sich das für die GEW Bayern auswirkt, wo wir überall bereits aktiv sind und was wir erreicht haben.

Kein Wunder, dass viele diese Tarifpäckchen nur mit spitzen Fingern anfassen und am liebsten gar nicht öffnen würden.

Und dennoch: Es gibt sogar Leute, die sich selbst solche Tarifverträge gerne unter den Baum legen würden, gehören sie doch zum erschreckend schnell größer werdenden Kreis derer, die in Arbeitsverhältnissen ohne Tarifbindung arbeiten müssen oder nur noch auf Honorarbasis oder in anderweitig prekären Jobs Beschäftigung finden.

Erkämpft, nicht geschenkt

Kurz und deutlich: Wer im Tarifbereich auch heute noch auf Gaben von oben hofft, wird vergebens warten.

»Erkämpft, nicht geschenkt« – so lautete und lautet noch immer der Nachsatz, wenn Gewerkschaften ihre errungenen Tarifergebnisse veröffentlichen. Zumindest der TV-L (und die 38,5-Stunden-Woche beim TVöD) war bitter erkämpft und nicht geschenkt. Doch ohne diesen bitteren Kampf wären beide Tarifverträge noch schlechter ausgefallen. Es muss uns allen klar sein, dass Tarifergebnisse vor allem das Ergebnis von gewerkschaftlicher Stärke sind – oder eben auch von gewerkschaftlicher Schwäche. Sie stellen aber auch kein endgültiges Ergebnis dar, sondern sind mit jeder neuen Verhandlungsrunde veränderbar – im Guten wie im Schlechten.

Wir, die GEW Bayern, wollen in die kommenden Tarifrunden als kämpfende Gewerkschaft an der Seite von ver.di und GdP gehen und an vielen Orten auch allein als eigenständige Tarifpartnerin.

Die Tarifrunde 2008 im öffentlichen Dienst wird für uns im kommenden Jahr die größte Herausforderung werden. Schließlich orientieren sich nach wie vor auch viele weitere Arbeitgeber am TVöD. Das Ergebnis in diesen Bereichen wird deshalb von großer Bedeutung sein.

Wir müssen uns also vorbereiten:

- Wir müssen informiert und vernetzt sein.
- Wir müssen uns über unsere gemeinsamen Forderungen klar sein.
- Wir müssen aktiv werden.
- Wir müssen mutig handeln.



Foto: Robert Michel

Mitglieder informieren und vernetzen

Alle angestellten Beschäftigten erhalten die spezifischen Tarifinfos, die sie für ihren Bereich brauchen, vorrangig per E-Mail. Postversand ist aufwendig und teuer und langsamer. Darum die große Bitte an alle, die eine Mailadresse haben: Falls noch nicht geschehen, schick Deine Mailadresse rasch an Günter Nalenz, der unsere Mitgliederdaten verwaltet: gn@bayern.gew.de.

Fürs Vernetzen stehen uns Internet-Foren zur Verfügung, zu denen man sich ebenfalls über Günter Nalenz anmelden kann: GOAL (Gewerkschaftlich organisierte Angestellte Lehrkräfte) und die neu eingerichtete Mailinglist TARIF 08. Über diese Foren kann in geschütztem Rahmen von allen mit allen unabhängig vom Wohnort aktuell diskutiert werden.

Wer als Beamter oder Beamtin daran teilnehmen will, kann dies gerne und soll dies auch unbedingt tun. Schließlich werden wir nur erfolgreich sein, wenn wir alle zusammenstehen und uns gegenseitig stützen.

Gemeinsame Tarifforderungen entwickeln

Tarifrunden sind in dem Maß erfolgreich, wie es gelingt, Forderungen zu entwickeln, die den Bedürfnissen der Beschäftigten entsprechen und die eine realistische Chance haben, auch erreicht zu werden. Nur wenn die Tarifforderungen von den Beschäftigten als die ihren angenommen werden, können sie von diesen auch in härteren Auseinandersetzungen durchgekämpft werden. Wie eine Gewerkschaft wie die GEW zu ihren gemeinsamen Tarifzielen kommt, ist strikt in der Satzung geregelt und im übrigen bei allen Gewerkschaften gleich.

Auf Betriebsversammlungen oder im Fall des öffentlichen Dienstes über regionale Tarifkonferenzen, auf denen ausschließlich GEW-Mitglieder des betroffenen Tarifbereichs stimmberechtigt sind, werden Forderungen entwickelt, die dann an den für die Koordination der bayerischen Tarifforderung zuständigen Landesausschuss für Tarifpolitik und Angestelltenfragen (LTA) weitergeleitet werden. Dieser tagte bereits am 1. Dezember in Ingolstadt und ist offen für weitere Interessierte. Von hier gehen die gebündelten Tarifforderungen an den Landesvorstand, der nach Beratung und Beschlussfassung die bayerische Position zur Tarifforderung 2008 in die Große Tarifkommission der Bundes-GEW einbringt, in der Günter Ebert und Günther Mitteregger unsere Vertreter sind. Bereits im November trafen sich die Delegierten auf dieser Ebene zu Vorgesprächen. Am 17.12.2007 sollen dann in einer erweiterten Großen Tarifkommission, zu der auch die Landesvorsitzenden geladen sind, die gemeinsamen Tarifforderungen der GEW auf Bundesebene für die Tarifrunde 2008 im öffentlichen Dienst endgültig abgestimmt und beschlossen werden.

In den vergangenen Wochen fanden bayernweit regionale Tarifkonferenzen statt, die zusammen mit den Bezir-

ken und den Kreisverbänden durchgeführt wurden. Günther Mitteregger hat in seinem Artikel auf den vorigen Seiten den aktuellen Diskussionsstand der Tarifforderungen skizziert.

Tarifhandeln braucht aktive MitstreiterInnen

Dies ist eine Binsenweisheit, die aber dennoch nicht selbstverständlich ist. Mal ehrlich und Hand aufs Herz:

- Wer hat denn schon mitgekriegt, was die Tarifrunde 2008 im öffentlichen Dienst ist?
- Wer hat die bereits verschickten Tarifinfos genauer gelesen?
- Wer denkt an Streik und ist bereit, notfalls mitzumachen?

Auch wenn die Tarifrunde erst nächstes Jahr in die nach außen sichtbare Aktivphase eintritt, gilt es bereits jetzt, sich damit vertraut zu machen und das Handeln zu planen. Und es gilt, viele, viele MitstreiterInnen zu gewinnen. Damit fängt man und frau am besten gleich heute an!

Tarifhandeln braucht Mut

Um sein Leben fürchten muss in Deutschland heute niemand mehr, der oder die sich in Arbeitskämpfe begibt. Das taten unsere Vorväter und Vormütter vor vielen Jahren. Und sie erkämpften damit all jene Rechte und Freiheiten, mit denen wir heute ausgestattet sind. Das ist uns Verpflichtung und sollte uns Mut machen. Und den brauchen wir. Zwar gibt es heute ein Grundrecht auf Streik, aber trotzdem ist ein Arbeitskampf noch existenziell. Schließlich braucht es jede Menge Mut, etwas Neues zu fordern, gegen den Widerstand der Arbeitgeber oder Vorgesetzten und gegen solche KollegInnen, die lieber ihre Ruhe haben wollen. Mut brauchen auch die Beamtinnen und Beamten in der GEW, wenn es darum gehen wird, dass sie Solidarität zeigen mit den Angestellten. Schon die kollektive Weigerung, in den Schulen Vertretungsstunden für streikende Kolleginnen und Kollegen zu übernehmen, wäre ein wichtiges Signal. Was darüber hinaus noch möglich ist, müssen wir diskutieren.

Weihnachten steht vor der Tür. Den Gabentisch für nächstes Jahr müssen wir selber mitgestalten. Jede und jeder von uns hat es selber in der Hand, an unserer gemeinsamen Sache tatkräftig mitzuwirken.

Deshalb heute schon:

Fröhliche Weihnacht
und ein gutes neues Tarifjahr 2008!



von Ilona Deckwerth

Förderschullehrerin
im Landesvorstand der GEW Bayern
zuständig für Tariffragen

Siehe auch das Online-Portal des GEW-Hauptvorstandes zur Tarifrunde:
www.gew-tarifrunde2008.de

Die Tariflandschaft der GEW Bayern

Noch vor vier Jahren schien die Tarifwelt im Organisationsbereich der GEW Bayern in Ordnung, denn durch die Anbindung an ver.di waren unsere Mitglieder im öffentlichen Dienst überall mit tarifgebunden: beim Bund, bei den Ländern und in den Gemeinden. Nur wenige freie Träger hatten eigene Tarifverträge – z. B. die AWO und das BRK –, die sich aber eng am BAT orientierten. Auch die Regelungen in den sog. AVR (von den Arbeitgebern einseitig gesetzte Arbeitsvertragsrichtlinien) der Kirchen und anderer Träger, wie z. B. des Paritätischen, stellten nur ein Abbild der Leitwährung BAT dar.

Diese relativ einheitlich strukturierte heile Tarifwelt ist wie ein Kartenhaus eingestürzt. An ihrer Stelle baute man die neuen Absenkungs-Tarifverträge TVöD für die Beschäftigten von Bund und Gemeinden und den TV-L für jene der Länder.

Nur wenige Träger übernahmen genau diese Tarifverträge. Die meisten wollten sich lediglich die Rosinen aus diesem Tarifwerk herauspicken, aber die für sie teuren Bestandteile wie Einmalzahlungen oder die tarifliche Überleitung (IVÜ) ausklammern. Auf diese Weise zerfiel der ganze Tarifkomplex in eine Vielzahl selbstständiger Einheiten. Und die GEW Bayern fand sich – ungeplant – als Akteur inmitten des Tarifgeschehens intensiv gefordert.

Das, was wir bisher schon aus dem Bereich der Weiterbildung kannten, kam nun auch auf den sozialpädagogischen Bereich zu: die Forderung nach Haustarifverträgen im Anschluss an den neuen TVöD, vor allem dort, wo die

Belegschaften aus der alten arbeitsvertraglichen Bindung an den zerfallenen BAT neue Qualität und Sicherheit in einem eigenen Tarifwerk suchten und sich in den Gewerkschaften GEW und ver.di organisierten.

Eine Tarifbaustelle nach der anderen

Als eine Art Vorreiter fungierten dabei die Lebenshilfe Nürnberg und die Jura-Wohnstätten e. V. der Lebenshilfe Amberg.

■ Bei der Lebenshilfe in Nürnberg war es sowohl aufgrund politischer Vorgaben als auch als Folge hausgemachter Fehler zu einer zunehmenden Verschuldung gekommen. Unter diesen Bedingungen praktizierte die Lebenshilfe eine Art Zweiklassengesellschaft – einerseits mit einem tarifgebundenen e. V., andererseits mit etlichen GmbHs ohne Tarifbindung.

Durch einen von ver.di und GEW ausgehandelten Sanierungs-Tarifvertrag gelang es, die Lebenshilfe Nürnberg zu retten und zugleich Tarifbindung für all ihre Unternehmen zu erreichen. Erkauft wurde dies damit, dass den Beschäftigten während dreier Jahre erhebliche Opfer abverlangt wurden. Diejenigen, die Verzicht geleistet haben, erhalten nun aber Ende 2007, quasi als »Dividende«, Leistungen bis zur Höhe eines Urlaubsgeldes zurück.

■ Bei den Jura-Wohnstätten in Amberg erbten unsere Mitglieder einen Haustarif von der alten ÖTV, der lediglich Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz definiert hatte, und erreichten mit unserer Hilfe einen echten Haustarif mit Bezug auf den TVöD – zunächst nur für die

pädagogischen MitarbeiterInnen. Nachdem dieser gekündigt ist, soll er nun auf alle ArbeitnehmerInnen im e. V. ausgedehnt werden.

■ Eine Pionierleistung stellen die Haustarifverträge für die Lebenshilfe Erlangen und die Regnitzwerkstätten dar (2006). Mit ihnen gelang es unseren Gewerkschaften erstmals, den Übergang von einem arbeitsvertraglichen, unvollständigen Bund-Länder-Tarif auf den TVöD zu fixieren.



- Der Haustarifvertrag mit dem HVD Bayern (Humanistischer Verband Deutschlands) von 2007 war der erste seiner Art mit einem bayerischen Träger von Kindertagesstätten und orientiert sich neben dem TVöD auch am Berliner Haustarif mit dem HVD.

- Kurz vor dem Abschluss stehen derzeit die Haustarifverträge mit der Lebenshilfe Fürth e. V. und der Lebenshilfe Kronach e. V. Während in Fürth der TV-L Pate stand und die alte Eingruppierung (befristet) sowie eine qualifizierte Alterssicherung vereinbart werden konnten, wird der Haustarif mit der Lebenshilfe Kronach sowohl vom TVöD (sechs Stufen bei allen Entgeltgruppen) als auch vom TV-L geprägt.

In den Tarifkommissionen für die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und das Bayerische Rote Kreuz (BRK) sind wir als GEW vertreten. Die BRK-Tarifverträge gelten für unsere Mitglieder bereits seit 2004.

- Die AWO hatte bis Ende 2006 einen bundesweiten Tarifvertrag, der im wesentlichen dem BAT entsprach und für alle AWO-Einrichtungen in Deutschland galt. Für schon vorher Beschäftigte gilt er aufgrund der Nachwirkung immer noch. Bei Neueinstellungen senken einzelne AWO-Einrichtungen das Gehalt aber um bis zu 20 % ab. Einen neuen bundesweiten Tarifvertrag wird es vermutlich nicht geben. Verhandlungspartner von GEW und ver.di ist nun nicht mehr der AWO-Bundesverband, sondern ein eigens gegründeter »Arbeitgeberverband AWO Deutschland e. V. (AGV-AWO)«. Nicht alle Kreis- und Bezirksverbände der AWO Bayern sind Mitglied in diesem Arbeitgeberverband. Die Tarifverhandlungen auf Bundesebene scheiterten.

Zurzeit verhandeln die Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen und in Bayern mit dem AGV-AWO. In Bayern ist der Tarifvertrag des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) die Verhandlungsgrundlage. Nach dem derzeitigen Stand (Anfang November 2007) wollen die Arbeitgeber insbesondere für

Beschäftigte in

den Bereichen Hauswirtschaft, Küche und Pflegekräfte ohne Ausbildung Gehälter unterhalb des TVöD-Niveaus er-

reichen. Wenn dieses Problem, das aus Sicht der Gewerkschaften auf eine Entsolidarisierung zwischen Fach- und Hilfskräften hinausläuft, gelöst wird, bestehen gute Aussichten auf einen Tarifabschluss in Bayern. Aber dieser Tarifvertrag wird dann nur für jene AWO-Verbände gelten, die Mitglied im AGV-AWO sind.

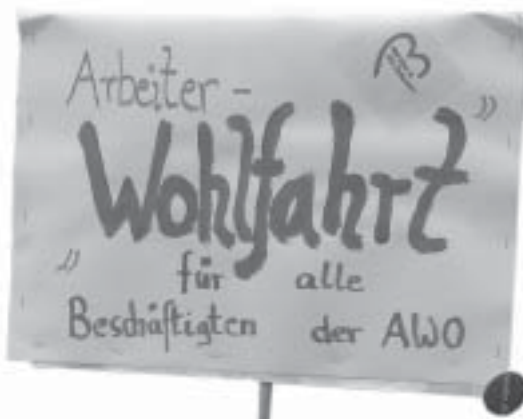
- Bei den Tarifverhandlungen mit dem BRK ist die GEW wegen ihrer Kompetenz im Sozial- und Erziehungsbereich sogar in der Verhandlungskommission vertreten. Der Abschluss eines neuen BRK-Tarifs erfordert freilich zunehmend starke Nerven, nachdem schon etliche Einigungsversuche gescheitert sind. Zwar ließ sich ab Mai 2007 nochmal eine 2,5 %ige Gehaltserhöhung auf die alten BAT-Tabellen durchsetzen. Aber seit über zwei Jahren verweigert das BRK fällige Lebensaltersstufen und Aufstiege. Wenn keine Verhandlungslösung erzielt werden kann, müssen Gerichte über diese Ansprüche entscheiden.

Als mögliches Modell eines neuen Tarifvertrags dient der TVöD bzw. der DRK-Tarif. Allerdings verlangt das BRK Einbußen bei der Zusatzversicherung (ZvK) und will nichts rückwirkend auszahlen.

Sowohl AWO als auch BRK scheinen auf Zeit zu spielen. Sie warten auf den letzten Akt des Schauspiels »TVöD-Runde 2008«. Keiner will den ersten Schritt tun. Jeder würde aber sofort eine 40-Stunden-Woche zum Nulltarif einsacken.

- Unsere vorerst letzte Baustelle bildet der Verein für das behinderte Kind in Coburg. Hier fällt für drei ineinander verschachtelte Unternehmen durch Austritt aus dem Arbeitgeberverband (KAV) demnächst die Tarifbindung weg. Das rief bei den MitarbeiterInnen ziemliche Ängste hervor. Deshalb hat sich die Zahl der Mitglieder von GEW und ver.di dort innerhalb kürzester Zeit mehr als verdoppelt. Nun sind wir natürlich auch in der Pflicht, dort eine neue Form der Tarifbindung zu erreichen.

Alles in allem eine Tariflandschaft, die wir uns so nicht gewünscht haben, die man aber als eine Herausforderung für die Organisation der GEW Bayern sehen muss. Gewerkschaftliches Ziel sollte es sein, weitere Zersplitterungen in unendlich viele Haustarife zu vermeiden und doch Mitgliederinteressen betriebsnah und dezentral wirksam zu vertreten. In diesem Spagat brauchen wir weiterhin gute Nerven und starke Unterstützung auch von der Bundesorganisation.



von
Günther Schedel-Gschwendtner

Leiter des Sozialpädagogischen Büros der
GEW Bayern
E-Mail: GEW_SozPaed@t-online.de



Tarifverträge in der Weiterbildung sind die Ausnahme

Die meisten bayerischen Volkshochschulen sind an den TVöD (kommunal) gebunden, der aber regelt nur die wenigen hauptberuflichen Beschäftigungsverhältnisse. Zehntausende Honorarkräfte, davon mindestens 30 % Scheinselbstständige, die von ihrer Arbeit in der Weiterbildung leben müssen, sind arbeitsrechtlich schutzlos und sozialrechtlich auf sich allein gestellt. Um diese miserablen Zustände zu rechtfertigen, haben die vhs-Verbände eine eigene Ideologie produziert: Danach sind Lehrkräfte freie VertragspartnerInnen.

In seiner Absicht, die Erwachsenenbildung vollständig zu privatisieren, denkt der Staat nicht daran, die Honorarlehrkräfte gesetzlich zu schützen. Tarifrechtlich wäre es möglich, die scheinselbstständigen Lehrkräfte als »arbeitnehmerähnliche Personen« zu definieren und mit ihnen Forderungen zu stellen – tarifpolitisch ein neuer und von Anfang an schwieriger Versuch, dies nicht zuletzt deswegen, weil die Kolleginnen und Kollegen, um die es hier geht, zu einer nennenswerten Größe nicht zu organisieren sind. Und wer sich nicht organisiert, stellt klar: Ich komme allein zurecht! Das mag ein kurioser Irrtum sein, gleichwohl beschränkt er massiv tarifpolitische Durchsetzungsmacht.

Ähnlich stellt sich die Lage in den Integrationskursen dar, die eine eigene Rechtsgrundlage haben (Gesetz zur Begrenzung der Zuwanderung). In diesen Sprachkursen arbeiten überwiegend Honorarlehrkräfte ohne jeden Schutz, allermeist bei Trägern ohne Tarifbindung. Regierung und Bundesamt für Migration (BAMF) weigern sich konstant, nur denjenigen Trägern Maßnahmen zu geben, die den Beschäftigten erträgliche Arbeitsbedingungen und eine Mindestbezahlung garantieren. Tarifpolitisch ist hier schwer anzusetzen.

Branchen-Tarifvertrag gilt nur bei wenigen Trägern

Um die mit den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 in der beruflichen Weiterbildung angerichtete Katastrophe (»Reformpolitik der Bundesregierung«) etwas zu lindern, haben GEW und ver.di im Frühjahr 2007 mit einigen Arbeitgebern im »Bildungsverband« (www.bildungsverband-online.de) einen Branchen-Tarifvertrag abgeschlossen. Dieser Mindestlohn-Tarifvertrag soll sicherstellen, dass nicht fortgesetzt SozialpädagogenInnen, AusbilderInnen, SeminarleiterInnen usw. schlechter bezahlt werden als Bauhilfsarbeiter nach dem Entsendegesetz. (Ein Bruttoentgelt von 1700 Euro für eine pädagogische Vollzeitbeschäftigung ist keine Seltenheit. Unternehmen der Kolping-Verbände zahlen teilweise noch schlechter.) Die gut gemeinte Sache hat



nur einen Haken: Die Tarifvertragsparteien sind vom Wohlwollen der Regierung abhängig, ohne diese unter Druck setzen zu können. Abgesehen von einigen Artefakten wie gewerkschaftseigenen Trägern, ist die gewerkschaftliche Organisation in der Weiterbildung bescheiden. Und auf der anderen Seite denken wichtige Unternehmen wie die arbeitgebereigene bfz gGmbH samt Konzerntöchtern gar nicht daran, der jahrelang und so erfolgreich geforderten Deregulierung jetzt eine minimale tarifliche Reregulierung folgen zu lassen, weshalb sie für den Branchen-Tarifvertrag nicht ein Wort verlieren, obwohl der seit Jahren obwaltende Verfall der Preise für Bildungsmaßnahmen manche Bilanz etwas drückt – zum Ausgleich drückt der Arbeitgeber die Preise für die Ware Arbeit.

Wenn Gewerkschaften sich auf den Einfluss von Arbeitgebern verlassen müssen, damit ein Tarifvertrag zustande kommt, dann ist etwas faul. An Arbeitskampf ist in der Weiterbildung nicht zu denken. Oder wir müssten viel mehr darüber reden, damit allmählich möglich wird, was jetzt undenkbar erscheint.

Firmen-Tarifverträge als Lösung?

Firmen-Tarifverträge können in einer solchen Situation ein Mittel sein, das Interesse eines Arbeitgebers an einem Branchen-Tarifvertrag zu fördern (»fordern und fördern«). In dreijährigen Verhandlungen mit dem Branchenriesen bfz gGmbH hat die GEW einen umstrittenen Manteltarifvertrag abgeschlossen, der den Beschäftigten mit 30 Urlaubstagen und der 39-Stunden-Woche wichtige Rechte sichert,



zugleich aber Elementares wie soziale Rechte und Anspruch auf Weiterbildung ungeregelt lässt; außerdem ist die Unterrichtszeit im Verhältnis zur Arbeitszeit nicht faktorisiert, weshalb die Unterrichtsverpflichtung von Beschäftigten ad infinitum bestimmt werden könnte. Die Verhandlungen über einen zusätzlichen Entgelt-Tarifvertrag stecken fest. Sie könnten schon an der Eingruppierung scheitern. Die Arbeitgeberin will einige Leichtlohngruppen einführen, um die Arbeit generell zu verbilligen, dazu eine tarifvertraglich unbestimmte Grauzone, in der sie nach Belieben neue Tätigkeiten ohne automatische Eingruppierung schaffen könnte. Ein solcher Tarifvertrag wäre grober Unfug. Es wird aber in den Betrieben und Belegschaften weiter tarifpolitisch diskutiert: über die Erweiterung des Manteltarifvertrags wie auch über dessen § 7, worin beide Seiten sich zum Abschluss eines Entgelt-Tarifvertrags verpflichtet haben.

Verhindern Notlagen-Tarifverträge wirklich Schlimmeres?

Tarifpolitisch ein trübes Kapitel ist auch der Notlagen-Tarifvertrag (»Brücken-Tarifvertrag«), den ver.di und die GEW im März 2007 mit dem Arbeitsförderungszentrum (afz) e. V. in Schweinfurt geschlossen haben. Zwar nahm der Arbeitgeber die zum Jahresende 2006 ausgesprochene Kündigung des aus mehreren Verträgen bestehenden Tarifwerks zurück. In einem Zusatz müssen die Beschäftigten aber für maximal drei Jahre auf etwa 6 % ihres Entgelts verzichten. Den größten Teil seines Geschäfts macht der Arbeitgeber inzwischen in einer ausgegründeten GmbH

ohne Tarifbindung. Auch hier verkommt Tarifarbeit zu der perversen Veranstaltung, Einkommen zu schmälern und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, um noch Schlimmeres zu verhüten. Die Debatte darüber, ob dies nicht ein falscher Weg ist, sollten unsere Mitglieder führen.

Systematische Kooperation der Gewerkschaften notwendig

Den prekären Arbeitsverhältnissen der wachsenden Randbelegschaften – 30 bis 40 % aller Beschäftigten arbeiten befristet und es gibt massenhaft scheinselfständige Honorartätigkeit ohne jeden arbeitsrechtlichen Schutz – mit Tarifverträgen beikommen zu wollen, wäre tarifrechtlich möglich, aber tarifpolitisch bedürfte es dazu einer Umwälzung.

Es sei nicht vergessen: Massenhafte Notlagen demoralisieren und demotivieren. Anpassung und die Hoffnung auf individuelle Auswege erscheinen vielen eine Handlungsstrategie, die mehr Aussichten bietet als gewerkschaftliche Gegenwehr mit unsicherem Ausgang.

Die Not ist groß. Sie zu wenden bedürfte einer systematischen, dauerhaften Zusammenarbeit der Gewerkschaften, namentlich von GEW und ver.di. Mein Eindruck ist, dass jede Gewerkschaft ihren eigenen Stiefel schustert – auch wenn gelegentlich zusammengearbeitet wird. Das ist zu wenig. Systematische Zusammenarbeit ist keine hinreichende, aber eine notwendige Bedingung.

Tarifpolitik in der Weiterbildung bleibt schwierig – und eine Aufgabe der GEW.

von Peter Weiß

Büro für Weiterbildung der GEW Bayern
E-Mail: gew.peter.weiss@t-online.de
Tel. mobil (01 60) 96 84 47 63



In der letzten DDS hatten wir über verbesserte Bedingungen für die Integrationskurse berichtet. Dazu erreichte uns folgender Leserbrief, verbunden mit der Bitte an die KollegInnen, die in diesem Bereich arbeiten, Informationen zu liefern:

Unsere Bemühungen mögen sich, wie im Flugblatt der GEW steht, »gelohnt haben«. Aber ich sehe noch keinen Grund zur Freude.

Nach meinem jetzigen Wissen hat nur eine Minderheit der Träger einen Teil der Erhöhung an die Lehrkräfte weitergegeben – und schon gar nicht 3 Euro. Die meisten Träger stecken die Mehreinnahmen in die eigenen Töpfe, um »entstandene Defizite auszubessern«, obwohl politisch klar ist, dass die Aufstockung auch für eine Erhöhung der Lehrerhonorare vorgesehen ist. Wir müssen auf jeden Fall dran bleiben. Fordert von den Trägern die euch zustehenden Honorare!

Informiert die Aktion Butterbrot (www.aktionbutterbrot.de) über die Verhältnisse bei dem Träger, für den ihr arbeitet! Wir brauchen einen Überblick, damit wir vergleichen und jene Träger publik machen können, die das Geld für die Lehrkräfte in die eigene Tasche stecken.

Miriam Herrmann, München

Zur Entwicklung des durchschnittlichen Einkommens von Lehrkräften an öffentlichen Schulen

Der folgende Artikel wurde von Ilse Schaad, verantwortlich für Angestellten- und Beamtenpolitik beim Hauptvorstand der GEW, bereits im Sommer für eine finnische Zeitschrift verfasst. Wegen seines guten Überblicks drucken wir ihn an dieser Stelle nach. Die Angaben im Folgenden beziehen sich ausschließlich auf Angestellte, deren Arbeitsverhältnis durch Tarifvertrag geregelt wird. Dies gilt für ca. 300.000 von insgesamt ca. 800.000 Lehrkräften. Für 500.000 Lehrkräfte, die als BeamtInnen beschäftigt werden, gelten einseitig vom Arbeitgeber festgelegte gesetzliche Regelungen. Diese werden am Ende noch angefügt, berücksichtigen aber z. B. noch nicht die im Oktober wirksam gewordene Besoldungserhöhung in Bayern.

Durch Tarifvertrag von 2005 (TVöD – Tarifvertrag öffentlicher Dienst – gilt für Kommunen und den Bund) und 2006 (TV-L – Tarifvertrag Länder – gilt für die Länder) wurde der alte Tarifvertrag BAT (Bundesangestelltentarifvertrag) abgelöst. Das neue Tarifwerk sieht eine völlige Änderung der Vergütungssystematik vor. Im BAT wurden Tätigkeit und Qualifikation gewertet, die Einstufung im System wurde anhand des Lebensalters vorgenommen. Die Folge war, dass BerufsanfängerInnen, die jung waren, weniger verdienten als BerufsanfängerInnen, die älter waren – obwohl Qualifikation und Tätigkeit gleich waren. Der neue Tarifvertrag geht nur von Tätigkeit (und Qualifikationsanforderung) aus, so dass junge und ältere BerufsanfängerInnen das Gleiche verdienen.

Gleichzeitig wurden familienbezogene Bestandteile in der Vergütung gestrichen. Im alten System wurden im sogenannten Ortszuschlag der Familienstand und die Anzahl der Kinder einbezogen. Außerdem erhielten die Beschäftigten eine allgemeine Zulage von unterschiedlicher Höhe, die nun ebenfalls wegfällt. Der Wechsel des Systems macht es schwierig, nur Durchschnittseinkommen von Lehrkräften anzugeben, da die Werte im alten und im neuen System stark abweichen. Ich halte es inzwischen nicht mehr für vertretbar, mit den Werten des alten Systems zu rechnen, da diese durch die Überleitungen vom alten in das neue System mit der Zeit verschwinden werden.

Die Beträge des BAT will ich aber mit nennen, auch wenn sie in 14 Bundesländern nicht mehr angewendet werden. In den Bundesländern Hessen und Berlin (wegen Austritt aus dem Arbeitgeberverband) gilt der BAT vorläufig weiter.

Vollausgebildete Lehrkräfte (abgeschlossenes Universitätsstudium plus zweijähriges Referendariat) wurden je nach studiertem Lehramt und Verwendung überwiegend in die



Foto: imago/imagebroker/europapix

Vergütungsgruppen III und II a eingruppiert. Durch die Länge der Ausbildung waren BerufsanfängerInnen im Durchschnitt 29 bis 31 Jahre alt. Dies führte zu folgenden Monatsgehältern im BAT:

Vergütungsgruppe	Lehramt für	Anfangsgehalt mit 31 Jahren, 1 Kind, plus allgemeine Zulage	Endgehalt mit 45 Jahren, ein Kind, plus allgemeine Zulage
III	Grund- und Hauptschule	2.421,67 + 762,75 + 47 = 3.226,42	3.085,60 + 762,75 + 47 = 3.890,35
II a	Gymnasien/berufsbildende Schulen	2.635,66 + 762,75 + 114 = 3.512,41	3.419,91 + 762,75 + 114 = 4.296,66
Jahressonderzahlung III		2.710,19	3.267,89
Jahressonderzahlung II a		2.950,42	3.609,19
Urlaubsgeld III und II a		255	255

Jahreseinkommen ist dann jeweils zwölf Mal das in vorstehender Tabelle ausgewiesene Monatsgehalt plus Jahressonderzahlung plus Urlaubsgeld:

- III Anfang: **41.682,23** (38.717,04 + 2.710,19 + 255)
- III Ende: **50.207,09** (46.684,20 + 3.267,89 + 255)
- II a Anfang: **45.354,34** (42.148,92 + 2.950,42 + 255)
- II a Ende: **55.424,11** (51.559,92 + 3.609,19 + 255)

Nach dem neuen Tarifsystem werden BerufsanfängerInnen bei Lehrkräften der 1. Stufe der Entgelttabelle zugeordnet. Die Vergütungsgruppe (VB) III aus dem alten BAT

wird in die Entgeltgruppe (EG) 11 übergeleitet, die VG II a in die EG 13. Die Tabellenwerte pro Monat sind:

Entgeltgruppe	Lehramt für	Anfangsgehalt	Endgehalt
11	Grund- und Hauptschule	2.358	3.563
Jahressonderzahlung		1.886	2.850
13	Gymnasium/ berufsbildende Schule	2.817	4.090
Jahressonderzahlung		1.408,50	2.045
Urlahngeld		-	-

Das Jahreseinkommen beträgt somit:

Entgeltgruppe	Anfangsgehalt	Endgehalt
11	30.182	45.606
13	35.212,50	51.125

Bei einem Vergleich der beiden Systeme sieht man, dass die Lehrkräfte im Durchschnitt zum Berufsanfang ein um ca. 25 Prozent geringeres Einkommen erhalten (minus ca. 9.000 bis 11.000 Euro), aber auch am Ende der Berufslaufbahn, das nach der neuen Tabelle nach zehn ununterbrochenen Berufsjahren erreicht werden kann (nicht muss), liegt der Verlust noch bei 8 bis 10 Prozent.

VG/EG	alt	neu
BAT III – EG 11 Anfang	41.682,23	30.182
BAT IV – EG 11 Ende	50.207,09	45.606
BAT I a – EG 13 Anfang	45.354,34	35.212,50
BAT II a – EG 13 Ende	55.424,11	51.125

Das neue Tarifsyste sollte das Ziel haben, dass der Berufsanfang finanziell besser gestellt wird und dafür am Ende etwas weniger verdient wird. Dieses Ziel wurde bei Lehrkräften – genauso wie bei allen anderen akademischen Berufen – vollkommen verfehlt.

In der Schule werden im Unterricht aber nicht nur voll ausgebildete Lehrkräfte eingesetzt, sondern in erheblichem Umfang auch Beschäftigte, die über andere Qualifikationen verfügen. Die jeweils vorliegenden Qualifikationen können dazu führen, dass die Einstufung nicht in die EG 11 oder EG 13 erfolgt, sondern in niedrigere Entgeltgruppen – bis hinunter zur EG 6 (das bedeutet ein Gehalt von 1.764 bis 2.285 Euro im Monat).

Und: Diese Beträge sind Bruttobeträge. Für Steuern und Sozialabgaben (Renten- und Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und betriebliche Altersversorgung) müssen davon noch ca. 42 Prozent abgezogen werden.

BeamtInnenbesoldung

Das Einkommen der ca. 500.000 Lehrkräfte, die als BeamtInnen beschäftigt sind, richtete sich bisher nach der Bundesbesoldungsordnung. Künftig werden die Besoldungen länderspezifisch geregelt, da die Länder durch eine Verfassungsreform 2006 das Recht erhalten haben, über ihre BeamtInnen selbst zu bestimmen.

Die Besoldungstabellen sind bereits jetzt länderspezifisch sehr unterschiedlich gestaltet, so dass eine für alle zutreffende Aussage nicht getroffen werden kann. Eine Jahreszuwendung wird von Land zu Land festgelegt, in zwei Ländern ist sie komplett gestrichen, in den anderen Ländern variiert sie zwischen 30 Prozent und 60 Prozent eines Monatsgehaltes.

Die ab 2008 gültigen Grundgehälter sind nicht mehr einheitlich, da die Übertragung des Ländertarifergebnisses erstmals nicht einheitlich erfolgt.

Durch das Dienstrechtsneuregelungsgesetz (DNeuG) liegt nun eine neue Besoldungstabelle vor, die für die Bundesbeamtinnen und -beamten gilt. Ob sich die Länder daran orientieren werden, ist noch unklar. Wahrscheinlich ist, dass die Werte als Ausgangswerte für die dann differenzieren Erhöhungen gelten werden. Dies sagt noch nichts über die Zuordnung der Ämter zu Besoldungsgruppen aus, die erst durch die ebenfalls von den Ländern eigenmächtig zu gestaltenden Laufbahngesetze geregelt werden.

Derzeit werden voll ausgebildete Lehrkräfte überwiegend den Besoldungsgruppen A 12 und A 13 zugeordnet. Wer nicht voll ausgebildet ist, wird in der Regel nicht verbeamtet. Im DNeuG hat die Bundesregierung ihre ursprüngliche Absicht, in die Tabelle entsprechend dem TV-L eine um 10 % abgesenkte Stufe 1 einzuführen, wieder aufgegeben. Gleichwohl ergibt sich durch die künftig vorgesehene Zuordnung zur neuen Stufe 1 eine gegenüber der heutigen Regelung (Zuordnung zu Stufe 4 oder 5 bei Lehrkräften) ein Einkommensverlust.

Die in der folgenden Tabelle zugrunde gelegten Angaben pro Monat sind dem DNeuG entnommen, sie enthalten bereits die unterschiedlich hohen Zulagen, die künftig in die Grundgehälter eingerechnet werden.

Besoldungsgruppe	Lehramt für	Anfangsgehalt	Endgehalt
A 12	Grund- und Hauptschule	2.697	3.683
A 13	Gymnasium, berufsbildende Schule	3.171	4.092
Jahressonderzahlung (ohne Jahressonderzahlung)			
A 12		32.364	44.196
A 13		38.052	48.104

Die Lehrkräfte erhalten länderspezifisch eine Jahressonderzahlung zwischen 0 und ca. 2500 Euro. Im Unterschied zu Tarifbeschäftigten zahlen BeamtInnen keine Sozialabgaben, hier müssen nur Steuern und private Krankenversicherung von den Bruttobeträgen abgezogen werden (beides zusammen zwischen 33 und 45 Prozent je nach individuellen Familien- und Steuerbedingungen). Änderungen bei Sozialversicherung und Rentenrecht werden jeweils wirkungsgleich auf den BeamtInnenbereich übertragen.

von Ilse Schaad
Leiterin des Vorstandsbereiches
Angestellten- und Beamtenpolitik
beim Hauptvorstand der GEW



LokführerInnen als Avantgarde?

Verkehrte Welt: Die FDP applaudiert einer gewerkschaftlichen Tarifforderung. Der DGB-Vorsitzende distanziert sich. Der Bahnchef predigt die Einheit der Arbeiterschaft, die zu verhindern seine Siemens-Kollegen sich gestern noch Millionen haben kosten lassen. Wirtschaftsliberale Medien, die nicht müde werden, Tariffucht und Erosion des Verbandstarifvertrages als marktwirtschaftlichen Fortschritt zu preisen, warnen vor der »Atomisierung der Tarifverhandlungen«. Und die politischen Freunde gewerkschaftlicher Konkurrenz im konservativen Lager geißeln das »Recht des Stärkeren« – als ob in einer marktwirtschaftlichen Ordnung je andere Gesetze gegolten hätten!

Entgegen aller öffentlichen Erregung sei Gelassenheit empfohlen. Rechtlich jedenfalls droht kein Unheil. Die viel beschworene Tarifeinheit ist eine Erfindung des Bundesarbeitsgerichts mit fragwürdiger Legitimation und abgelaufenem Verfallsdatum. Keinesfalls kann sie gegen das Grundrecht der ArbeitnehmerInnen in Stellung gebracht werden, sich zu Gewerkschaften zusammenzuschließen und für die tarifvertragliche Festlegung ihrer Arbeitsbedingungen zu streiken. Diese Freiheit garantiert die Verfassung vorbehaltlos für »jedermann und für alle Berufe«, auch für Minderheiten. Desgleichen verbietet es sich, das Streikrecht, wie vom Arbeitsgericht Nürnberg entschieden, gleich einem staatlichen Hoheitsakt hinsichtlich der mittelbaren Streikfolgen einer Verhältnismäßigkeitskontrolle zu unterwerfen. Der Streik soll ja gerade Druck ausüben, was zwangsläufig die Betroffenheit Dritter erzeugt; und die ist in einer offenen Gesellschaft hinzunehmen, vollends unter einer Rechtsordnung, die die unumschränkte Hoheit des Kapitals über Investitionen und Desinvestitionen sichert, ohne Rücksicht auf die mitunter desaströsen Dauerfolgen für Beschäftigte, Lieferanten, Gemeinden, ja ganze Regionen.

Gewerkschaftseinheit in Gefahr?

So weit, so Recht. Bleibt die politische Dimension: die Sorge um die Gewerkschaftseinheit. Kein Zweifel, Sondervertretung und Spaltung stiften auf Dauer keinen Nutzen. Gewerkschaften wurden gegründet und sind verfassungsrechtlich anerkannt, um die Konkurrenz in den eigenen Reihen auszuschließen, konkret: um zu verhindern, dass ArbeitnehmerInnen, Berufe und Belegschaften gegeneinander ausgespielt und in einen Unterbietungswettlauf getrieben werden. An diesem Punkt verrät die öffentliche Debatte eine pharisäerhaft schiefe Optik. Denn wenn der Einheit zum Schaden der abhängig Beschäftigten Gefahr droht, so durch Dumpingkonkurrenz. Da gibt es Vereinigungen mit jeweils einer Handvoll Mitgliedern, deren Geschäftsführer sich andienen, geltende Tarifstandards zu unterschreiten. Ein anderes Beispiel bietet die Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsräte (AUB), vom Siemens-Vorstand ausgehalten, um der IG Metall das Leben schwer zu machen.



Als die rot-grüne Bundesregierung 2002/2003 die bis dahin geltenden arbeitsrechtlichen Bindungen der Leiharbeit beseitigte, verankerte sie zum Ausgleich das gesetzliche Gebot, dass den LeiharbeiterInnen Entgelt und Arbeitsbedingungen des jeweiligen Einsatzbetriebes zustehen; nur stellte der Gesetzgeber diesen Schutz unter den Vorbehalt abweichender Tarifverträge. Es kam, wie es kommen sollte: Der Schutz währte nur eine historische Sekunde. Kaum war das Gesetz in Kraft, hatte bereits eine Arbeitsgemeinschaft christlicher Gewerkschaften im Verein mit einer Interessengemeinschaft von Verleihfirmen den gesetzlichen Schutz untergraben und einen Tarifvertrag mit Stundenlöhnen zwischen sechs und sieben Euro für qualifizierte Facharbeit vereinbart, unabhängig vom Einsatzbetrieb.

So viel zur real existierenden Gewerkschaftskonkurrenz, der das Bundesarbeitsgericht jüngst seinen Segen gab, indem es der christlichen Metallarbeitergewerkschaft, die gleichfalls nur durch Dumping-Verträge aufgefallen ist, die Tariffähigkeit zusprach. Nebenbei bemerkt: Die ArbeitsrichterInnen werden uns den Widerspruch zwischen Verbotsvorgaben gegen Streiks der LokführerInnen und tarifrechtlicher Einsegnung der christlichen Gewerkschaften noch erklären müssen.

Unsolidarische Standespolitik?

Die Forderungen und Aktionen der LokführerInnen zielen dagegen in die umgekehrte Richtung und heben sich damit von der Unterbietungskonkurrenz wohltuend ab – erst recht in einem Land, das vor lauter Gehorsam die Demokratie verlernt. Wenn einzelne Beschäftigtengruppen für zusätzliche Verbesserungen aufstehen, ist das aus der Sicht der abhängig Beschäftigten zunächst einmal nicht verwerflich.

Der Vorwurf unsolidarischen Verhaltens zu Lasten anderer ArbeitnehmerInnen überzeugt jedenfalls nicht. Denn jeder Verteilungskonflikt verläuft auf zwei Ebenen. Mit der Auseinandersetzung über die Verteilung der von allen erarbeiteten Erträge verbindet sich untrennbar der zweite Schritt: die Aufteilung derselben in den eigenen Reihen. Auch sie wird im Tarifvertrag geregelt, braucht also die Unterschrift der Arbeitgeber. Nicht zuletzt deshalb sind Entgeltstrukturen so zählebig. Die Unterbewertung von Frauentätigkeiten etwa beschert dem Arbeitgeber Kostenvorteile und bewirkt spiegelbildlich die relative Aufwertung von Männerarbeit. Jeder li-

neare Abschluss zementiert solche Diskriminierungen. Das wird gerne verdrängt. Einheitsdenken erzeugt mitunter auch Einheitslügen, wie die feinsinnige Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenwiderspruch.

Dass die LokführerInnen Grund zum Ärger haben, zeigen Zahlen, die sie als die proletarischen Brüder und Schwestern der PilotInnen und KlinikärztInnen ausweisen. Ihr monatliches Bruttoentgelt von 1822 bis 2197 Euro (nach der jüngsten Tarifierhöhung!) bewegt sich im unteren Drittel der DB-Tarifvergütungen. Die unterste Lohngruppe, die der BetriebsarbeiterInnen, beginnt mit 1486 Euro.

Gewerkschaftliche Apologetik ist schnell mit dem Vorwurf der Standespolitik bei der Hand. Das überrascht nicht, nachdem den Abspaltungen der FluglotsInnen, PilotInnen, KlinikärztInnen und LokführerInnen Konflikte mit den ursprünglich federführenden Gewerkschaften vorausgingen. Auch die Versuche, den eigenen Berufsverband durch Abgrenzung gegen die Gewerkschaft und die von ihr vertretenen Berufsgruppen zu profilieren, sind ärgerlich und auf Dauer kurzsichtig. Doch das trägt noch nicht den Vorwurf der Standespolitik. Standesverbände streiken nicht. Wer beißt schon in die Hand, die eigenen Dünkel nährt?

Nein, die genannten vier Beispiele waren und sind gewerkschaftliche Kämpfe. Das bestätigt ein Blick auf die Konfliktursachen, die bei aller Heterogenität Gemeinsamkeiten aufweisen. Die Beschäftigten arbeiten in Unternehmen, die entweder noch im Besitz der öffentlichen Hand oder aus öffentlicher Trägerschaft hervorgegangen sind und deren Arbeits- und Tarifbedingungen denen des öffentlichen Dienstes zumindest angenähert waren. Alle Einrichtungen sind in den letzten Jahren Privatisierung und privatwirtschaftlicher Konkurrenz ausgesetzt, die Krankenhäuser zusätzlich den diversen Wellen der Gesundheitsreform mit der Folge chronischer Unterfinanzierung. Alle Unternehmen reagieren darauf mit Stellenstreichung, Leistungsverdichtung, Ausgründungen, Dumpingkonkurrenz und Tarifabbau. Betroffene, die unter diesen Bedingungen eines sozial abschüssigen Umfelds auch noch berufsspezifische Ungerechtigkeiten erfahren und mit der Missachtung eigener beruflicher Leistung und Kompetenz konfrontiert werden, empören sich zu Recht.

Doch auch der so begründete Protest artikuliert sich erst dann im kollektiven Konflikt, wenn die getroffene Berufsgruppe über entsprechende Konflikt-Ressourcen verfügt, wie Mitgliedschaft in einem berufsbezogenen und identitätsstiftenden Verband mit hohem Organisationsgrad, wie betriebliche Schlüsselqualifikationen und -funktionen sowie ein entsprechendes Selbstbewusstsein. Und genau so sieht die typische Ausgangslage gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe aus. Jeder Streik wird zumindest am Anfang von Kerngruppen getragen, deren Ausfall spürbar ist. Da unterscheiden sich die LokführerInnen nicht von IG Metall, ver.di oder NGG. Worin sie sich jedoch unterscheiden, ist, dass die Leistung der Einheitsgewerkschaft in der berufsübergreifenden Verallgemeinerung liegt, wie zum Beispiel jüngst bei einem Solidaritätsstreik von ZeitungsdruckerInnen zur Unterstützung eines Arbeitskamps der RedakteurInnen deutlich wurde.

Starke und Schwache

Um allerdings für alle erfolgreich zu sein, brauchen die Gewerkschaften auch die Starken.

PilotInnen, FluglotsInnen, KlinikärztInnen und LokführerInnen sind nicht Vorboten eines Zeitalters gewerkschaftlichen Partikularismus. Mit ihnen scheint das Feld abgesteckt. Andere Berufsgruppen mit vergleichbaren sozialen Ausgangsbedingungen sind derzeit nicht in Sicht. Umgekehrt ist ver.di auf dem Weg, eine der jüngsten Absonderungen wieder rückgängig zu machen. Als sich 1992 die FlugbegleiterInnen von ÖTV und DAG abspalteten und einen eigenen Verband gründeten, die Unabhängige Flugbegleiterorganisation (UFO), geschah dies aus Unzufriedenheit mit beiden Gewerkschaften und in der Erwartung, am Glanz der Vereinigung Cockpit teilhaben zu können. Daraus wurde nichts. Stattdessen missbrauchte die Lufthansa den neuen Verband als Partner für Tarifabbau gegen ÖTV und DAG. Heute ist die UFO auf gut die Hälfte ihrer ursprünglich 10.000 Mitglieder geschrumpft. Ver.di hat wieder Fuß gefasst und tarifpolitische Erfolge erzielt, dieser Tage mit Air Berlin. Doch auch wenn weitere Absetzbewegungen nicht unmittelbar ins Haus stehen – allein die vorhandenen zwingen zum Nachdenken.

Massenorganisationen laufen immer Gefahr, Mitgliedergruppen, die im täglichen Organisationsleben eher an der Peripherie stehen, nicht angemessen wahrzunehmen. Das kann auch qualifizierte Berufe betreffen. Doch gerade in Zeiten, in denen die industriell bedingte Vereinheitlichung der Arbeits- und Lebensbedingungen nachlässt und die Arbeitswelt sich ausdifferenziert, ist es ein Gebot authentischer gewerkschaftlicher Interessenwahrnehmung, sich auf die spezifische Situation, die unterschiedlichen Lebenslagen, Sorgen und Hoffnungen einzelner Beschäftigtengruppen einzulassen. Für viele hat der Beruf unverändert einen hohen Stellenwert; hier müssen Gewerkschaften präsent sein und professionelle Unterstützung anbieten. Aus diesem Grund hat sich ver.di beispielsweise eine dezentrale Struktur gegeben.

Die Angehörigen solcher Berufe, die meinen, allein besser zu fahren, seien daran erinnert: Man sollte nie vergessen, dass die eigene Qualifikation, der betriebliche Aufstieg und die berufliche Kompetenz auch auf der täglichen Zuarbeit all jener beruhen, die nicht die Gunst qualifizierter Ausbildung und beruflicher Karriere genossen haben. Das verpflichtet zu Solidarität. Man mag das als Moral abtun, sollte sich jedoch an den unverändert gültigen Satz erinnern:

Die Gewerkschaft ist das Stärkste, das die Schwachen haben.

von Detlef Hensche

Rechtsanwalt in Berlin
bis zur Gründung von ver.di Vorsitzender der IG Medien



Die Langfassung dieses Artikel erschien in der September-Ausgabe der Zeitschrift »Blätter für deutsche und internationale Politik«. Wir danken dem Autor und der Redaktion für die Nachdruck-Genehmigung und empfehlen die Langfassung wegen weiterer Details zur Lektüre: www.blaetter.de. Trotz aktuellerer Artikel des Autors zum Thema GDL-Streik haben wir uns für diesen Text entschieden, da er die grundsätzliche Problematik, der sich Gewerkschaften u. E. stellen müssen, am ausführlichsten bearbeitet.

ErzieherInnen, die LokführerInnen in Sachen Bildung, Erziehung und Betreuung

Exakt im selben Tarifsegment wie die LokführerInnen (zwischen 1764 Euro bis 2285 Euro) befinden sich auch die ErzieherInnen im Kita-Bereich, deren Zahl mit über 200.000 um das ziffache höher ist. Die mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes abgeschlossenen Tarifverträge (TVöD und TV-L) haben ihre Lohnerwartungen um mehrere Hundert Euro gedrückt, während ihr gesellschaftlicher Status besonders dank dem Ausbau frühkindlicher Bildung in bisher unerreichte Höhen gestiegen ist.

Beide Berufsgruppen verantworten sog. öffentliche Güter, die man keinesfalls einem freien Markt überlassen darf.

Auch ohne Transportmittel ist die Verantwortung der ErzieherInnen für Leib und Seele der ihnen Anvertrauten mindestens gleich hoch wie die der LokführerInnen. Neben den kargen Tariflöhnen, die noch dazu ständig unterlaufen werden, sind mindestens 1/3 der ErzieherInnen zur Teilzeit gezwungen – und haben entweder Hungerlöhne oder einen Zweitjob.

Ihre Arbeitsbedingungen sind ähnlich drückend wie die der LokführerInnen: Es herrschen Zeit- und Personalmangel, Lärm und psychosozialer Stress, laut GEW-Kita-Studie (2007) sind 48 % der unter 30-Jährigen nur noch befristet angestellt! Wie bei den LokführerInnen wurden ihre spezifischen Berufsinteressen von den Gewerkschaften bisher zu wenig beachtet.

Was liegt also näher als Arbeitskampfaktionen, um auch hier die Arbeitgeber bzw. Träger zur grundlegenden Verbesserung zu zwingen?

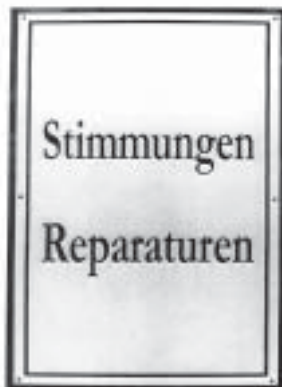
Im Unterschied zu den LokführerInnen allerdings sind die ErzieherInnen in verschiedenste Gewerkschaften und Berufsverbände zersplittert, stehen statt *einer* Gesellschaft (DB) einer Vielfalt von Trägern gegenüber, auch kirchlichen, sowie diversen Tarifsyste-men. Anders als die GDLerInnen sind keine 90 %, sondern allenfalls 15 % gewerkschaftlich organisiert. Viele bleiben lieber unorganisiert, schlucken den Verdruss hinunter und leiden oder haben gar noch Mitleid mit ihren Arbeitgebern, den chronisch armen Trägern. Die Mehrzahl (über 90 %) sind Frauen, die zwar enorme soziale Kompetenzen besitzen, aber beruflich allzu oft eine wenig professionelle Haltung einnehmen.

Ein bundesweiter Arbeitskampf der ErzieherInnen hätte sicher ähnlich umwerfende Auswirkungen wie jener der GDL, ist aber aus o. g. Gründen nicht zu befürchten.

Sicher wird die GEW nicht die Rolle von Cockpit, Marburger Bund & Co. spielen; aber wenn sich Gewerkschaften bei homogenen, aber vernachlässigten Berufsgruppen nicht rechtzeitig auf deren spezifische Lebens- und Interessenlagen einlassen, kann es auch für sie einmal ungeahnte Folgen haben.

ErzieherInnen u. ä. kommen sicher unendlich langsam, aber irgendwann ganz stark. Dass auch diese Berufsgruppe nicht auf alle Ewigkeit frustriert werden kann, zeigen die aktuell ablaufenden Arbeitskämpfe.

von Günther Schedel-Gschwendtner



Unterstützung und Solidarität für die streikenden Lokführer !

zum Thema erreicht uns auch dieser Leserbrief:

In den Publikationen der GEW konnte ich bisher keine Unterstützung

für die streikenden Lokführer entdecken und halte dies für ein schwerwiegendes Versäumnis.

Die Forderungen der Lokführer in der GDL zu Höhergruppierung, Überstundenbezahlung, Arbeitszeitregelung und Lohnerhöhung sind gerechtfertigt. Haben die Lokführer doch, wie die meisten im öffentlichen Dienst Beschäftigten, in den letzten Jahren einen spürbaren Rückgang des Lebensstandards und der Lebensqualität hinnehmen müssen, bedingt durch steigende Arbeitsbelastung, Arbeitszeit und unzureichende Tarifabschlüsse. Letztere waren nicht geeignet, die explosionsartig steigenden Lebenshaltungskosten nach der Euro-Umstellung (um nur eine Ursache zu nennen) auszugleichen. Das Forderungspaket, das die GDL für die Lokführer zusammenstellte, ist demgegenüber geeignet, dem bisherigen Reallohnverlust zu begegnen. Endlich! Endlich kehrt eine, wenn auch kleine Gewerkschaft wie die GDL, zur eigentlichen Bestimmung der Gewerkschaften zurück, nämlich, mit ihren Forderungen in erster Linie die Interessen

ihrer Mitglieder zu verfolgen. Um diesem Vorhaben treu zu bleiben, musste die GDL die Tarifgemeinschaft mit den beiden Eisenbahner-Gewerkschaften (Transnet und GDBA) aufkündigen, da diese am bisherigen Kurs der Ausdehnung der Arbeitszeit und Reallohnverluste festhielten.

Nur für den Bahnvorstand ist das Forderungspaket utopisch hoch! Die Lokführer brauchen es. Und nicht nur sie! In der letzten Ausgabe der E&W haben I. Schaad und B. Eibeck ausgeführt, warum die Erzieherinnen in der Tarifrunde 2008 eine um zwei Stufen höhere Entgeltstufe erreichen müssen.

Diese würde beim Anfangsgehalt ca. 10 %, beim Endgehalt 40 % Lohnsteigerung ausmachen. So nah liegt das, was Erzieherinnen und was Lokführer zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes brauchen, zusammen.

Gesetzt den Fall, die Erzieherinnen könnten dies erfolgreich durchsetzen – wie absurd wäre es, ihnen Spaltung vorzuwerfen, nur weil etwa im Haustarifvertrag eines kirchlichen Trägers diese Höhergruppierung nicht vereinbart wurde!

Genauso unbegründet ist der Vorwurf der Spaltung der Tarifeinheit gegenüber der GDL. Die GDBA und Transnet unter Führung von Herrn Hansen haben nicht nur zu geringe Lohnabschlüsse und Arbeitszeiterhöhungen mit der Bahn AG ausgehandelt, sondern unterstützen auch die Privatisierungspläne von Herrn Mehdorn. Auch aus diesem Grund konnte es für die GDL keine Gemeinsamkeit mehr geben.

Im Übrigen könnten GDBA und Transnet sehr einfach die Tarifeinheit wieder herstellen, falls es der GDL gelänge, einen eigenen Tarifvertrag für die erhobenen Forderungen zu erreichen. Herr Hansen hat mit der Bahn AG eine Klausel in deren Tarifvertrag vereinbart, die eine sofortige Angleichung ermöglicht. Dann wäre der gemeinsame Tarifvertrag für Lokführer und Fahrpersonal auf verbesserter Grundlage wieder da. Wo ist also das Problem?

Ein Problem gibt es nur für diejenigen, die den Lohndumpingkurs für die Lokführer fortsetzen und die Privatisierungspläne der Bahn nicht gefährden wollen.

Wie aufgezeigt, liegen die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, was die anstehende Tarifrunde betrifft, recht nahe beieinander. Was läge da näher, als auch bewusst zusammenzurücken und sich gegenseitig zu unterstützen. Wie hilfreich ein erfolgreicher GDL-Tarifabschluss sein könnte, insbesondere für bei den Ländern angestellte Lehrer und Erzieher, kann man sich ausmalen. Noch weitgehend unerfahren und unorganisiert müssen wir 2008 eine eigene Tarifrunde hinkriegen. Im Windschatten des Erfolgs der Lokführer, die teilweise vergleichbare Forderungen erheben, aber schon Tariferfahrung seit 1867 haben, täten wir uns leichter!

Lauter gute Gründe, um den streikenden Lokführern mit möglichst zahlreichen Solidaritätsadressen den Rücken zu stärken!

Angelika Rapke
Augsburg

Bildung öffnet Türen

Das IBZ-Sprache stellt sich vor

DDS: Integrations-Beratungs-Zentrum-Sprache (IBZ-Sprache) ist ein neues Projekt, das in der InitiativGruppe (IG) angesiedelt ist. Gaby, du arbeitest in diesem Projekt, was verbirgt sich dahinter?

Gaby Schmitt: Das Projekt IBZ-Sprache läuft seit April 2007 in der IG und im Amt für Wohnen und Migration (AWM). Zurzeit arbeiten bei uns fünf Beraterinnen und eine Verwaltungskraft. Wir verstehen uns sozusagen als Eingangscenter für berufsbezogene Deutschkurse und Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ). Also, möglichst viele MigrantInnen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder schon Arbeitslosengeld (ALG) II beziehen, sollen zu uns kommen.

Mit Hilfe eines von uns durchgeführten differenzierten Beratungsgesprächs erheben wir dann deren Qualifizierungsbedarf und führen zudem einen Sprachstandstest durch. Dann leiten wir die KundInnen in Kurse weiter, die speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Wir achten dabei besonders auf Niveaustufe, Kurszeit, Wohnortnähe, speziellen Kursbedarf, z. B. Frauenkurse mit oder ohne Kinderbetreuung, usw.

Nach Abschluss der Kurse bieten wir noch eine Nachbetreuung an. Dort unterstützen wir die TeilnehmerInnen bei der Stellensuche oder vermitteln sie in andere Qualifizierungsmaßnahmen. Dabei arbeiten wir immer eng mit der ARGE zusammen.

DDS: Unterscheidet sich eure Zielgruppe von der Gruppe der so genannten NeuzuwandererInnen?

Gaby Schmitt: In der Regel ja. Ca. 80 % der MigrantInnen, die bis jetzt zu uns gekommen sind, sind länger als fünf Jahre in Deutschland und haben ungesteuert Deutsch gelernt, d. h. sie haben entweder keinen Deutschkurs – oder wenn doch – diesen nicht kontinuierlich besucht. Mit dieser Basis nun gesteuert Deutsch zu lehren, ist eine große Herausforderung für die KursleiterInnen, da die TeilnehmerInnen der Kurse aufgrund der bereits genannten Ausgangsbasis mündlich meist über ein höheres Sprachniveau verfügen als schriftlich. Dabei haben sich jedoch auch häufig formale Fehler eingeschlichen und festgesetzt.

Ein weiterer Unterschied ist, dass die Leute oft schon verschiedene Berufe ausgeübt haben, dann aber wieder arbeitslos geworden sind. Unser Ziel ist es, diese Menschen so weit zu qualifizieren, dass sie in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt oder zumindest näher an den Arbeitsmarkt herangeführt werden können.

DDS: Wie unterscheiden sich eure berufsbezogenen Deutschkurse (BOD-Kurse) von den Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BaMF)?



Das Team des IBZ-Sprache (von links nach rechts): Dr. Angela Guadatiello, Jelena Stanilov-Klipic, Carolina Petterino, Irmtraud Gottwald, Gabriele Schmitt, Michèle Burger

Gaby Schmitt: Wie der Name schon sagt, sind unsere Kurse zum größten Teil an beruflichen Anforderungen ausgerichtet. Die Kursdauer beträgt ca. 600 bis 800 Stunden, wobei darin auch die Praktikumsstunden enthalten sind.

Die Lehrinhalte konzentrieren sich auf die mündliche und schriftliche Arbeitssprache ebenso wie auf den Umgang mit den verschiedenen Personengruppen, die die Arbeitswelt ausmachen. Die unterschiedlichen sprachlichen Register sind genauso wichtig wie das Bewerbungstraining, der Besuch eines Praktikums, Vermittlungscoachings usw. Die Statistik zeigt auch, dass wir vor allem Kurse auf Anfänger- oder leicht Fortgeschrittenenniveau und Alphabetisierungskurse benötigen. Wenn wir feststellen, dass wir einen besonderen Kurs brauchen, melden wir das über die zuständige Steuerung bei der Landeshauptstadt an die Träger zurück. Schließlich handelt es sich auch um ein Projekt, das sich weiterentwickeln soll.

Interessant ist aber auch, dass es viele MigrantInnen in Deutschland gibt, die eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss haben. Da diese Abschlüsse aber hier nicht anerkannt werden, können sie nicht in ihren Berufen arbeiten bzw. ihr Wissen hier einsetzen. Aber auch hier: In den Bereich der Anerkennung von Qualifizierungen kommt langsam Bewegung, da erkannt wurde, dass wertvolles Wissen und Können von Fachkräften brachliegt.

DDS: Wie sehen die Projektbedingungen bezüglich Gelder, Erfolgsermittlung, Projektverlängerung usw. aus?

Gaby Schmitt: Die Kommune fördert das gesamte MBQ-Projekt mit 11 Mio. Euro, damit werden aber nicht nur Qualifizierungsmaßnahmen für MigrantInnen, sondern für alle ALG-II-EmpfängerInnen finanziert. Jedes Jahr stellen wir neue Anträge und anhand von Statistiken wird der Erfolg der Maßnahme gemessen. Die Ergebnisse sind die Grundlage für den nächsten Stadtratsbeschluss über die Projektverlängerung. Wir sind der Meinung, dass es sehr erfolgreich läuft. Sicher wird es im nächsten Jahr weiter bestehen. Und dann werden wir sehen.

Bei den Deutschkursen wird es jedoch in der nächsten Zeit eine Veränderung geben: Das BaMF wird diese BOD-

Kurse übernehmen, so dass sich die Kommune dann aus diesen Kursen herausnimmt.

DDS: Welche Folgen hat das Projekt für die Arbeit der DozentInnen?

Gaby Schmitt: Zurzeit sind sechs Kursträger, mit denen wir eng zusammenarbeiten, an dem Projekt beteiligt. Neben den Integrationskursen bieten diese auch BOD-Kurse an. Den Bedarf und das Angebot stimmen wir miteinander ab und die Träger informieren uns regelmäßig über den Stand in den Kursen.

Da es keine Lehrwerke für Menschen mit ungesteuertem Spracherwerb gibt und Bücher für den berufsorientierten Deutschunterricht eher Mangelware sind, müssen die KursleiterInnen viel selbst erarbeiten. Der Arbeitsaufwand ist sicherlich größer als bei anderen Kursen. Vermutlich arbeiten auch die KursleiterInnen in diesem Programm auf Honorarbasis. Wie hoch die Honorarsätze sind, weiß ich nicht. Allerdings sind seit Beginn dieses Programms insgesamt ca. 1000 KundInnen in Kurse vermittelt worden, so dass es einen sehr hohen Bedarf an Kursen und KursleiterInnen gibt.

DDS: Wie wählt ihr die Träger aus?

Gaby Schmitt: Die Träger im MBQ-Projekt haben bei der Ausschreibung teilgenommen, sind also festgelegt und unsere vorrangigen Partner. Aber auch alle anderen Träger, die Integrationskurse anbieten, beziehen wir ein, wenn eine Kundin oder ein Kunde noch einen Integrationskurs machen möchte.

DDS: Könnt ihr nicht die Träger danach auswählen, ob sie ihren KursleiterInnen gute Arbeitsbedingungen bieten, so wie es auch immer wieder vom BaMF gefordert wird?

Gaby Schmitt: Die Auswahl der Träger trifft die Stadt München. Sie ist Finanzträger des gesamten Projekts. Unser Einfluss auf die Arbeitsbedingungen der KursleiterInnen ist sehr

gering und beschränkt sich darauf, möglichst vom Sprach- und Bildungsniveau homogene Gruppen zuzuleiten. Außerdem gibt es feste Gruppen in den Kursen, die über ca. 6 bis 8 Monate gehen, ohne dass ein Kursabbruch droht.

DDS: Wie erreichen euch derzeit eure KlientInnen?

Gaby Schmitt: In der Regel kommen sie über die ArbeitsvermittlerInnen (AV) in den Sozialbürgerhäusern (SBH) zu uns. Je bekannter wir werden, umso mehr kommen aber auch Menschen auf eigene Initiative zu uns. Das zeigt, dass die Menschen sehr motiviert sind, Deutsch zu lernen und in Arbeit zu kommen.

DDS: Welche Voraussetzungen müssen die MigrantInnen, die an eurem Projekt teilnehmen wollen, erfüllen?

Gaby Schmitt: Sie dürfen nicht mehr schulpflichtig sein. Ansonsten kann sich jeder, der Deutsch lernen will und ohne eigenes Einkommen ist, bei uns melden. Also beispielsweise auch Flüchtlinge, für die jedoch die Kolleginnen im Amt für Wohnen und Migration die Ansprechpartnerinnen sind.

DDS: Wie wird das Projekt von den MigrantInnen angenommen?

Gaby Schmitt: In der Regel sehr gut. Die meisten wollen lernen. Ein bisschen schwieriger wird es bei älteren oder kranken Personen, die keine rechte Aussicht mehr auf Arbeit haben. Denen fehlt dann verständlicherweise schon mal die Konzentration oder auch die Motivation. Aber im Großen und Ganzen rennen wir offene Türen bei den Leuten ein.

Das Gespräch mit Gabriele Schmitt, Beraterin in dem Projekt IBZ-Sprache führte Dorothea Weniger

Beratungstermine erhält man bei Carolina Petterino unter der Telefon-Nummer 3 09 07 27-10.

Die Adresse lautet:

Initiativgruppe - Interkulturelle Bildung und Begegnung e.V.

IBZ-Sprache (Integrationsberatungszentrum Sprache)

Karlstr. 44, 80333 München

Das IBZ-Sprache ist im Amt für Wohnen und Migration der Landeshauptstadt München verankert und Teil des Münchener Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ):

Die Stadt München finanziert seit Langem berufsbezogene Sprachkurse, um die Integration von Migrantinnen und Migranten in den ersten Arbeitsmarkt zu unterstützen, und war damit sehr erfolgreich. In unserem Projekt im Rahmen des Münchener Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogrammes (MBQ) stimmen wir Integrationskurse und berufsbezogene Deutschkurse optimal aufeinander ab. Durch ein individuelles Clearing vor Beginn der Kurse durch das IBZ-Sprache im Amt für Wohnen und Migration (AWM) und bei der IG konnten wir die Zahl der Kursabbrüche erheblich reduzieren. Das IBZ-Sprache im Amt für Wohnen und Migration ist für Flüchtlinge und wohnungslose Menschen zuständig. Im AWM liegt auch die Steuerung für den Bereich Sprache im MBQ.

Ansprechpartnerin für Interessierte:

Landeshauptstadt München • Sozialreferat

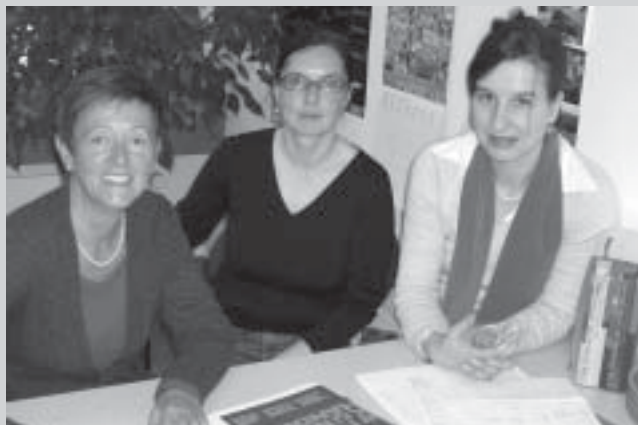
Amt für Wohnen und Migration

IBZ-Sprache • Astrid Blaschke

Franziskanerstr. 8 • 81669 München

Tel.: 0 89-23 34 08 93 • Fax: 0 89-23 34 06 99

E-Mail: astrid.blaschke@muenchen.de



Das ist das wegen Krankheit nicht ganz vollständige Team des AWM – von links nach rechts: Helga Schlumberger, Maria Prem, Astrid Blaschke. Foto: Bernd Selle

Hilfe für die Kinder und Jugendlichen in Dersim

Haydar Isik wurde am 5. Juli verhaftet, weil ihm wegen seiner Spendensammlungen für Projekte in Dersim und anderen kurdischen Orten vorgeworfen wurde, er habe eine Hochburg der PKK und damit den »bewaffneten Kampf der Kurden für einen autarken Staat unterstützt«. Auf der Feier zu seinem 70. Geburtstag betrachtete er in seiner Dankrede die Menschenrechtsverletzungen an den Kurden in der Türkei und seine eigene Exilsituation. Wir dokumentieren diese Rede:

Meine geraubte Heimat

Als ich auf die Welt kam, 1937, bombardierte die türkische Regierung, in dieser Zeit Verbündete des Hitlers-Regimes, meine Heimat Dersim (heute türkisch Tunceli) und veranstaltete einen Völkermord an Kurden. Im selben Jahr bombardierte Hitler Guernica.

Damals wie heute haben die fortschrittlichen Kräfte dieses Verbrechen in Guernica verurteilt; aber dass weit hinten in der Türkei ein Volk vom türkischen Militär dezimiert wurde, nahm die Welt leider nicht zur Kenntnis und auch heute ist das Massaker von Dersim kaum bekannt.

Vor 70 Jahren sagte Seyid Riza (ein alevitischer geistlicher Anführer aus Dersim, der damals 75 Jahre alt war und gegen den türkischen Militarismus kämpfte), bevor er aufgehängt wurde: »Ich habe nach meinem Gewissen gehandelt. Meine höchsten Interessen galten der Freiheit meines Volkes und meiner Heimat.«

Aber immer noch ist das kurdische Volk nicht wirklich frei. Wer heute als Kurde in der Türkei lebt und aus Liebe zu seiner Heimat das Recht auf die eigene Sprache und Kultur einfordert, wird beschuldigt, Separatist zu sein. Hast du einmal diesen Stempel in deiner Akte, gerätst du in einen Strudel. Da ich in Bayern lebe, bin ich der Folter entkommen, aber ich wurde von der Türkei ausgebürgert und meine Habe wurde versteigert.

Heute sage ich auch, dass ich nach meinem Gewissen handle und für meine erste Heimat kämpfe. Ich betrachte als meine Heimat meine Muttersprache, meine Kultur und Identität. Weil sie mir bzw. uns Kurden geraubt worden sind, kämpfe ich auf friedlichem Wege, sie zurückzuerlangen.

Die türkischen Machthaber haben mir etwas besonders Kostbares genommen, nämlich meine Muttersprache. Das ist sicherlich für einen Mann des Wortes das schlimmste Verbrechen. Nachdem die Türkei durch ihre repressive Politik die Kurden in ihrer Muttersprache zu Analphabeten machte, schrieb ich meine Bücher in der Sprache der Unterdrückten, in Türkisch, weil ich deshalb nicht in der Lage bin, in Kurdisch Romane zu schreiben.

Die Seele eines Menschen, der einmal seine Heimat verloren hat und als Emigrant in der Fremde leben muss, ist gespalten.

Das bessere und durchaus sichere Leben hier in meiner zweiten Heimat Bayern kann mir nicht helfen, meine eigentliche

Heimat zu vergessen, obwohl ich die Berge von Bayern wie die in Dersim liebe und hier meine Familie habe (und seit vielen Jahren eine Organisation, die GEW, die ich als geistige und solidarische Heimat sehe). Es ist selbstverständlich, dass man sein Leid und seine traumatischen Erinnerungen mit in die Diaspora nimmt. Man ist bis in die Seele verletzt, wenn man

vom Tod eines Verwandten oder Freundes hört oder von der Zerstörung eines Dorfes oder der Verbrennung eines Waldes, den man kennt ...

Ich konnte mich von diesen Ereignissen nicht befreien. Deshalb wurde ich in der Türkei als Separatist abgestempelt und hier vor kurzem wie ein Terrorist

behandelt.

Mein Verbrechen ist es, dass ich über das Massaker von Dersim, in dem wir 70.000 Menschen zu beklagen haben, Bücher schreibe.

Mein Verbrechen ist es, dass ich über unsere Muttersprache, die in der Türkei verfassungsmäßig nicht als Erziehungs- und Unterrichtssprache in den staatlichen Schulen angeboten werden darf, schreibe. Mein Verbrechen ist es, dass ich für Brüderlichkeit, Freiheit, und Gleichheit auch für die Völker in der Türkei plädiere. Ich will die Gleichheit von Türken und Kurden. Es soll ein Kurde nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein Türke sein.

Ja, das ist mein Verbrechen.

Meine Hilfe für Dersim

Dersim ist mein Heimatort, meine Muttersprache, mein Dasein. Dersim ist meine Liebe zur Natur und zu den Menschen. Dersim ist natürlich auch mein Trauma. Ich werde immer mit meiner Kraft

Dersim helfen, dass die Menschen dort freier werden, dass die Kinder nicht mein Schicksal, sondern ein besseres erleben.

Deshalb gründeten wir, die Dersim-Kurden, den Verein »Dersim-Gesellschaft für Wiederaufbau e. V.« (mehr unter www.dersim-wiederaufbau.de), dessen Vorsitzender ich bin, der die von unseren Landsleuten erhaltenen Spenden direkt nach Dersim transferiert.

Wir haben bis jetzt für die Stadt Dersim eine Baumaschine finanziert und als letztes haben wir für 20 arme Frauen ein Frauen-Bäckerei-Projekt geschaffen und dafür gesammelt. Die Bürgermeisterin, Frau Songül Erol Abdil, hat dafür 70.000 Euro von uns erhalten. Mittlerweise wurde dieses Projekt am 10. August von Kurdsinnen feierlich eröffnet.

Nach einem Benefizkonzert der Well-Schwester – der »Wellküren« – und dem Verkauf meiner Bücher und der Hilfe des damaligen GEW-Vorsitzenden Schorsch Wiesmeier haben wir im Münchner Ratskeller vor den Augen vieler Menschen 5.500 Euro an die Bürgermeisterin von Dersim ausgehändigt. Sie hat

(Fortsetzung nächste Seite unten)



Eingang Kulturzentrum



Bibliothek



Vortragssaal



PC-Übung

In der Oktober-Ausgabe der DDS findet sich ein Artikel von Frau Brigitte Schumann zum Thema »strukturelle Armut«, »Sonderschule«, »Sonderschule für Lernbehinderte als Schonraumfalle«. Einige Anmerkungen zu den Standpunkten:

- Frau Schumann lehnt den Begriff »Förderschule« ab und spricht konsequent von »Sonderschule für Lernbehinderte« (was sich bedauerlicherweise immer noch in der Berufsbezeichnung des Sonderschullehrers wiederfindet, aber zum Glück nur noch da. Die Schule, die Gegenstand ihrer Betrachtungen ist, heißt in Bayern »Schule zur Lernförderung«). Vermeintlich ergreift sie für diese Schülerklientel Partei, durch die diskriminierende Wortwahl demonstriert sie aber meiner Meinung nach eher mangelnden Respekt.
- Nach Ansicht von Frau Schumann ist der Besuch dieser Schule verantwortlich für soziale Ausgrenzung, Armut und Hoffnungslosigkeit. Also, Schule zur Lernförderung abschaffen und alle Probleme sind gelöst? Mir scheint, hier werden Kausalitäten großzügig »umgepolzt«.
- Tatsache ist: Die Schule zur Lernförderung bietet diesen Schülern *keinen* »Schonraum«, sondern zur Zeit *leider* als einzige Schulart ein breites Spektrum an gezielten Fördermaßnahmen und eine schulorganisatorische Umgebung, die den Kindern und Jugendlichen Lernerfolge ermöglicht, die an anderer Stelle oft nicht realisierbar sind. Die materiellen und personellen Gegebenheiten sind in vielen Grund- und Hauptschulen gegenwärtig weit davon entfernt (auch wenn viele Kolleginnen und Kollegen dort sehr aufgeschlossen, kooperationsbereit sind und sich mit großem Engagement für Kinder mit Lernschwierigkeiten einsetzen), für Kinder mit massivem Förderbedarf mehr als Aufbewahrungseinrichtung zu sein. Wer Lernumgebung, die individuelle Förderung ermöglicht, als »Schonraum« diskreditiert, nimmt in Kauf, dass Kindern notwendige Unterstützung verweigert wird.

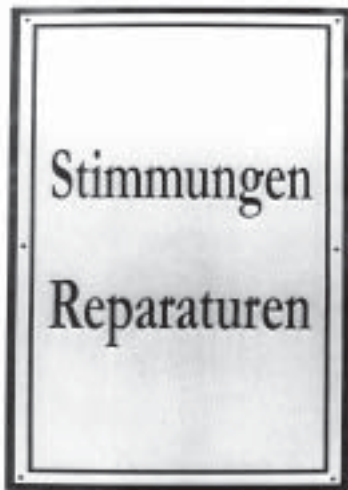


Foto: Robert Michel

- Zu »Selbstwertgefühl« und »Schamabwehr«: Wie sieht es denn damit bei vielen Hauptschülern aus, ist deren soziale Situation wirklich besser, und wenn nicht, welche Schule sollten dann unsere (Förder-)Schüler besuchen?
- Die Behauptung, Schüler würden mit zunehmender Verweildauer in besagter Schulart systematisch verdummt, empfinde ich schlicht als beleidigend und diskriminierend, und zwar nicht nur für die Schüler, sondern auch für mich selbst als Lehrer. Wer denn sonst, wenn nicht die Lehrer, ist denn nach Meinung von Frau Schumann für diesen intellektuellen Degenerationsprozess verantwortlich? Welcher Arbeitgeber, der solche Meinung zur Kenntnis nimmt und bereit ist, sie zu akzeptieren, wird noch Schulabgänger einstellen, selbst wenn er diesen Jugendlichen gegenüber eine positive Einstellung hatte?
- Die Forderung nach einer Schließung der Förderschulen arbeitet doch argumentativ den politischen Vertretern, die eklatante Mängel im bayrischen Schulsystem zu verantworten haben, direkt in die Hände. Ein Volksschüler ist doch viel billiger als einer, der eine Förderschule besucht.
- Frau Schumann stellt die erstaunliche Behauptung auf, Förderschulen würden sich Qualitätsüberprüfungen entziehen. Die oberfränkische Schule zur Lernförderung, an der ich bisher arbeitete, wurde im Schul-

jahr 2005/2006 als eine der ersten im betreffenden Stadtgebiet einer externen Evaluation unterzogen. Dem Kollegium und der Schulleitung wurde – das aber nur nebenbei – sehr gute Arbeit bescheinigt. Ich arbeitete 14 Jahre an dieser Schule, davon Acht Jahre in einer Diagnose- und Förderklasse (Rückführung an die Grundschule ca. 50 %). Ich kann auch mit selbstkritischem Blick an meiner Arbeit nichts finden, was die Menschenwürde der Schüler und ihr Grundrecht auf Bildung verletzen würde. Diese Schule realisierte Kooperationsklassen, Außenklassen und unternahm erhebliche Anstrengungen zur Intensivierung von Kontakten zu Grund- und Hauptschulen. Es fand in den letzten Jahren eine Vielzahl von schulhausinternen Lehrerfortbildungen statt, zu denen auch Lehrer von Grund- und Hauptschulen eingeladen wurden. Die Schule beteiligte sich an ISEB (Interne Schulentwicklung durch externe Beratung), es gab eine Vielzahl von Schülerprojekten und Initiativen, die von Schülern und Eltern aller Klassenstufen als sehr positiv eingeschätzt wurden. Zu ihrem Selbstbild und zum Schulbesuch befragt, äußerten sich viele Schüler relativ differenziert, beklagten einerseits Stigmatisierungstendenzen durch Außenstehende, begrüßten aber andererseits die Lernmöglichkeiten, die ihnen speziell diese Schulart bietet, und die Chancen, hier Fähigkeiten und Neigungen entfalten zu können. Ich sehe eine ganze Reihe von Phänomenen und Entwicklungen im bayerischen Schulsystem sehr kritisch. Wie uns andere Länder gezeigt haben, ist eine gemeinsame Schule für alle Kinder unter bestimmten Voraussetzungen machbar. Davon sind wir aber hierzulande weit entfernt. Eine Schließung der Förderschule würde unsere Schüler zum gegenwärtigen Zeitpunkt und auf absehbare Zeit mit ihren Problemen alleine lassen. *Das* wäre für mich eine eindeutige Verletzung des Menschenrechts auf Bildung. Ob Frau Schumann jemals eine »Sonderschule für Lernbehinderte« von innen gesehen hat, weiß ich nicht. Ich kann es mir beim besten Willen nicht vorstellen.

Wolfgang Burger
Bamberg

Ein weiterer Leserbrief zum Artikel von Brigitte Schumann hat die Redaktion erreicht, nachdem das Layout bereits fertig war. Wir veröffentlichen ihn deshalb in der Januar/Februar-Ausgabe.

damit und mit Hilfe ihrer Mitarbeiter in einem von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellten Haus ein Jugend-Kulturzentrum eröffnet, in dem die Jugendlichen Bücher lesen und verschiedene Kurse – z. B. in Theater, Folklore, Musik oder Englisch – besuchen und kostenlos das Internet benutzen können.

Da dieses Jugend-Kulturzentrum keine Staatshilfe erhielt, ist es auf unsere Hilfe angewiesen. Das Jugend-Kulturzentrum braucht Geld für Computer, Bücher, Büromaterial und für das Honorar der LehrerInnen.

Für dieses Zentrum erbat ich Spenden statt Geschenke zu meinem 70. Geburtstag. Auf der Feier im Münchner DGB-Saal – für deren Ermöglichung ich mich bei der GEW ganz herzlich bedanke! – wurden bereits 1520 Euro gesammelt.

Für weitere Spenden stellte die GEW bis Ende des Jahres ihr Solidaritätskonto zur Verfügung (GEW Bayern, Solidaritätskonto, Nr. 17 02 10 09 01 bei der SEB München, BLZ 700 101 11, Kennwort »Jugendkulturzentrum Dersim«).

Die Kinder in Dersim sind auch heute in einer bedrohten Situation und müssen befürchten, in Armut zu leben. Wer dem Jugend-Kulturzentrum in Dersim hilft, hilft den Kindern, die dort durch diese Kurse ihre Persönlichkeit entwickeln und sich so in der demokratischen Welt integrieren können. ■

Haydar Isik unterrichtete als Lehrer in der Ludwig-Thoma-Realschule Türkisch. Seit zehn Jahren ist er im Ruhestand und schreibt Bücher in türkischer Sprache, die in Istanbul verlegt sind. Die Bücher »Der Agha aus Dersim« und »Die Vernichtung von Dersim« sind ins Deutsche übersetzt worden.

Bücher ... Bücher ... Bücher ... Bücher ... Bücher

Nicht nur für Kommunisten mit Geschmack ...

... so möchte man gerne eine Buchempfehlung für »Das Kapital« von Karl Marx aussprechen – in Erweiterung einer Überschrift mit der das Buch in der Schweriner Zeitung vorgestellt wurde. Denn »Das Kapital« gibt es erstmals als illustrierte Ausgabe. Und die erinnert - vom Originaltext abgesehen - in nichts an die bekannte Edition des Berliner Dietz-Verlages. Das Produkt aus dem Leipziger Verlag Faber & Faber ist schlicht ein editorisches Kunstwerk.

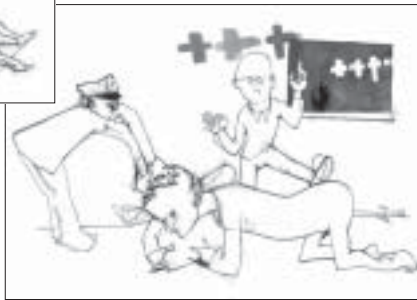
Neben dem Verleger ist das hauptsächlich dem Illustrator Klaus Waschk zu verdanken, seinem Einfühlungsvermögen in den nicht einfachen abstrakten Text und seinem überragenden zeichnerischen Können. Klaus Waschk, 1941 in Insterburg/Ostpommern geboren, war viele Jahre Professor an der Hamburger Hochschule für angewandte Kunst. Klaus Waschk ist Hans-Meid-Preisträger für Illustration.

Er arbeitet seine Zeichnungen in den Text ein und lässt damit Marxens Intentionen und Schlussfolgerungen bildhaft werden. Seine Zeichnungen sind unverwechselbar in Form und Ausdruck, jede erzählt eine Geschichte und schafft damit eine sehr eigene und sehr treffende Interpretation der Marxschen Theorie. Die Faber-

sche Edition hat noch einen bemerkenswerten Vorzug. Man meint, einen Prosatext vor sich zu haben. Das macht das doch sehr anspruchsvolle und komplizierte Werk von Karl Marx leichter zugänglich. Es ist erstaunlich, aber man hat den Eindruck, anders zu lesen und schneller zu verstehen. Die Bilder zwingen zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Gelesenen.



Karl Marx. Das Kapital
Mit 150 farbigen Illustrationen
von Klaus Waschk
Zwei Leinenbände
im Schmuckschuber
Zus. ca. 800 Seiten
Format 16,5 × 25,0 cm
EUR 65,-
ISBN 978-3-86730-025-4



Die Lektüre von Karl Marx, dessen Einsicht in die Bewegungsgesetze des Kapitalismus vor dem Hintergrund der Globalisierung wieder aktuell sind wie nie, lohnt sich alle Jahre wieder – auch unter dem Weihnachtsbaum.

von Peter Ernst



Das Bildungs- und Förderungswerk der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB e. V. verleiht den

Heinrich-Wolgast-Preis 2008 Jugendliteratur zur Arbeitswelt

an Gabriele Beyerlein: In Berlin vielleicht. 316 Seiten, ISBN 3-522-17698, Thienemann 2005



Lene ist 14, als sie das Dorf und die Lehrerfamilie verlässt, um in der Stadt Berlin eine Stelle als Dienstmädchen zu suchen.

Sie findet eine Stelle bei einem Polizeioffizier, wird hoffnungslos ausgebeutet, kündigt und bekommt eine Traumstelle bei einem adligen Oberst, wo sie trotz ihrer Jugend frei wirtschaften darf. Doch dann wird Lene schwanger, der Oberst heiratet und Lene muss einen Platz für sich und das Kind finden.

Dieser Berlin-Roman ist eine Geschichte des Kaiserreiches von unten – und Berlin steht hier stellvertretend für alle Städte, in die die jungen Mädchen vom Lande zogen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Verdient macht sich Gabriele Beyerlein durch die Nähe, die

sie zu diesem Mädchen aufbaut: Ein starkes Mädchen, das immer wieder an der menschenfeindlichen Situation zu zerbrechen droht, dennoch einen Ausweg findet und sich durchsetzt.

Vielerlei wird geschildert, was unsere Kinder heute nicht mehr kennen: die Arbeitsbedingungen, die Herrschaftsverhältnisse, die doppelte Moral der kaiserlichen Gesellschaft, der Kampf gegen Vorurteile, der beginnende Klassenkampf der Jahrhundertwende. Aber auch etwas von der Geschichte der Sozialdemokraten, den Sozialistengesetzen, den Verfolgungen und Ängsten der Sozialisten der Jahrhundertwende liest man hier, unaufdringlich und eher nebenbei, dadurch aber, und weil es personalisiert ist, bleibt es eher haften als reine Sachinformationen.

Und lesen lässt es sich wie ein Krimi, ein Abenteuerroman, weil die Lene ein schlüssiger Charakter ist, ein Mädchen, das erst noch sucht, träumt, schwärmt, leidet, hungert und arbeitet, zunehmend aber wächst und ihren Platz in der Gesellschaft findet. Nichts ist illusio-

när, nichts verklärend. Beyerlein bleibt mit beiden Füßen auf dem Boden der Geschichte – und vergisst auch nicht die alten Hausrezepte zur Pflege von Teppichen und Mobiliar.

Gabriele Beyerlein, geboren 1949, studierte Psychologie, promovierte und arbeitete in der sozialwissenschaftlichen Forschung, bis sie durch das Erzählen für ihre Kinder ihre Leidenschaft fürs Schreiben entdeckte. Seit 1987 hat sie eine Reihe historischer und prähistorischer Abenteuerromane für Kinder und Jugendliche veröffentlicht, fantastische Literatur, Erstleser-Erzählungen.

Weitere Informationen auf ihrer Homepage unter www.gabriele-beyerlein.de.

Die Rezensionen zum Preisbuch und den Titeln der Empfehlungsliste finden sich einzeln unter www.ajum.de und als pdf-Datei zusammengefasst unter www.julim-jurnal.de > Preisbücher.



Lesen – einfach cool!

Nicht wenige SchülerInnen mit geistiger Behinderung erwerben im Laufe ihrer Schulzeit eine erfreuliche Lesekompetenz, die es ihnen erlaubt, sich auch längere Texte lesetechnisch und sinnentnehmend zu erschließen. Dies stellt Lehrkräfte vor die nicht immer einfach zu lösende Aufgabe, gerade für Jugendliche immer wieder Lesetexte zu finden, die einerseits hinsichtlich ihrer Thematik altersgemäß sind, andererseits in Umfang und Komplexität deren spezifische Lesekompetenzen berücksichtigen.

In diesem Kontext ist das Lesewerk »Lesen – einfach cool!« der Arbeitsgemeinschaft Leseförderung zu sehen. Es versammelt in einem Taschenbuch sowie einem Arbeitsheft Texte, die den Interessen und dem Erfahrungshintergrund älterer SchülerInnen mit eingeschränkten Lesefähigkeiten entgegenkommen, ohne diese zu überfordern.

Den Texten liegt in formaler wie inhaltlicher Hinsicht ein durchgängig spürbares Konzept zugrunde, welches sie für den Unterricht sehr geeignet macht: Kurze Sätze mit knappen Satzstrukturen und einfachem Wortschatz erleichtern ebenso wie auf das Notwendige reduzierte Handlungsstränge den Zugang zum Inhalt. Zahlreiche Illustrationen ermöglichen zudem den Aufbau einer Leseerwartung, welche die inhaltliche Erschließung der Texte erleichtert.

Sehr wertvoll sind auch die im Arbeitsheft mitgelieferten Arbeitsblätter, die in ihren Aufgabenstellungen vor allem auf die Förderung des sinnentnehmenden Lesens abheben.

Inhaltlich decken die sehr unterschiedlich gestalteten Geschichten unter den Rubriken »Mitten im Leben – Freizeiterlebnisse«, »Schon gewusst?«, »Spannendes und Nervenkitzel« sowie »Herz und Schmerz« ein breites Spektrum ab.

Insgesamt stellen Lesebuch und Arbeitsheft eine willkommene Bereicherung des Leseunterrichts sowie einen wichtigen Beitrag zur Leseerziehung (nicht nur) für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung dar und können somit wärmstens empfohlen werden.

von Dr. Michael Häußler, SoKR,

Seminarleiter des Studienseminars MFR II

ARBEITSGEMEINSCHAFT LESEFÖRDERUNG: Lesen – einfach cool!
Einfache und altersgemäße Lesetexte für Jugendliche • Persen Verlag
Hornburg 2006 • Taschenbuch: 4,90 Euro • Arbeitsheft: 17,70 Euro



Stadt Nürnberg

www.nuernberg.de

Die Stadt Nürnberg ist der zweitgrößte bayerische kommunale Schulträger. Wir können Ihnen deshalb vielfältige Einsatzmöglichkeiten bieten, z. B. auch Tätigkeiten an Schulen mit gebundenen Ganztagesklassen und an der Partnerschule des Leistungssports, im Bereich der Gymnasien neben dem Einsatz an den Regelgymnasien z. B. auch Unterricht in den musischen und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungsrichtungen. Im Bereich der Gymnasien und Realschulen werden ca. 7.000 Schüler/innen von rund 580 Lehrkräften an 5 Gymnasien/gymnasialen Zügen, einem Kolleg, 4 Realschulen/Realschulzügen und einer Abendrealschule unterrichtet. Alle unsere Schulen sind im Stadtgebiet angesiedelt und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bestens zu erreichen.

Wir suchen zum Februar 2008 und September 2008

Lehrkräfte für das Lehramt an Gymnasien

– mit der Anstellungsprüfung in den Fächern

- Deutsch
- Geschichte
- Englisch
- Latein
- Französisch
- Spanisch
- kath. Religion
- evang. Religion
- Geographie
- Mathematik
- Physik
- Biologie
- Chemie
- Kunst
- Sport (weiblich/männlich)
- Sozialkunde
- Informatik
- Wirtschaft/Recht

sowie

Lehrkräfte für das Lehramt an Realschulen

– mit der Anstellungsprüfung in den Fächern

- Deutsch
- Geschichte
- Englisch
- Französisch
- Geographie
- Biologie
- Chemie
- Sport (weiblich/männlich)
- Mathematik
- Physik
- Textverarbeitung
- Informationstechnologie
- kath. Religion
- evang. Religion
- Hauswirtschaft/Werken

Wir erwarten,

dass Sie als qualifizierte/r Pädagogin/Pädagoge mit Können und Engagement helfen, die Qualität der schulischen Ausbildung in Nürnberg zu sichern.

Wir bieten

eine Einstellung im Beamtenverhältnis bei Erfüllung beamtenrechtlicher Voraussetzungen, andernfalls im Angestelltenverhältnis. Auf das Beschäftigungsverhältnis finden die üblichen beamtenrechtlichen bzw. tarifrechtlichen Bestimmungen (z. B. Bayer. Beamtengesetz, Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) Anwendung.

Ihre Bewerbung

senden Sie bitte mit vollständigen Bewerbungsunterlagen an die **Stadt Nürnberg, Personalamt, Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg**. Bitte verwenden Sie nur Kopien, weil eine Rücksendung der Unterlagen nicht erfolgen kann. Telefonisch erreichen Sie uns unter (0911) 231-2518.

Die Stadt Nürnberg fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Frauenförderplan ist Bestandteil unserer Personalarbeit. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu erleichtern, wird, entsprechend den rechtlichen Vorgaben, Teilzeitarbeit ermöglicht. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt.

Nürnberg

Archiv Betriebliche Vereinbarungen der Hans-Böckler-Stiftung

Dank der sehr positiven Unterstützung vieler Interessenvertretungen und GewerkschaftsfunktionärInnen verfügt die Hans-Böckler-Stiftung inzwischen über einen Bestand von rund 10.000 Betriebs- und Dienstvereinbarungen. Zur Zeit sind 44 Regelungsbereiche ausgewertet – von Altersvorsorge bis zu Zeitarbeit. Diese Arbeit wird kontinuierlich fortgesetzt.

Regelmäßig veröffentlicht die HBS neue Analysen, Trendbeschreibungen und Gestaltungshilfen zu ausgesuchten Themen betrieblicher Vereinbarungen.

Neu ist eine Online-Datenbank mit ausgesuchten Textauszügen aus über 10.000 Vereinbarungen, in der man zu zentralen Regelungspunkten für Betriebs- und Dienstvereinbarungen recherchieren kann. Ein stichwortartiger Katalog zeigt dort, an was man bei eigenen Betriebsvereinbarungen denken sollte. Dieses Gestaltungsraster ist der Wegweiser zu den Textauszügen.

Die Internet-Seite lautet:

www.boeckler.de/betriebsvereinbarungen

»Ich könnte mich ja umbringen, oder ...?«

Mädchen, die unter einer sog. Borderline-Störung leiden und in eine suizidale Krise geraten, neigen vermehrt zum interpersonellen Agieren ihrer psychischen Not. Oft geraten dabei ihre Helferinnen unter einen besonders emotionalen Druck, der die Gefahr des unreflektierten Mitagierens in sich birgt und notwendige Hilfsmaßnahmen erschwert.

In einem Seminar für Fachfrauen, das IMMA durchführt, wird zunächst grundsätzliches Wissen über Suizidalität und die Borderline-Persönlichkeitsstörung vermittelt. Dann werden Hilfestellungen für den kompetenten Umgang mit diesen Mädchen gegeben: Einschätzung der aktuellen Suizidalität, Grundprinzipien der Kriseninterventionen, Fallbeispiele zur Verdeutlichung der suizidalen Dynamik, Übungen und Rollenspiele zur Verbesserung der Selbst- und Fremdwahrnehmung und Fallbearbeitung aus der Praxis der Teilnehmerinnen. Termin: 4. und 5.3.2008 • Kosten: 100 Euro Anmeldeabschluss: 4.2.2008

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München Tel. 0 89-23 88 91 20 • Fax: 0 89-23 88 91 15 kontakt.informationsstelle@imma.de www.imma.de

Methoden – Ideen: Handwerkszeug für die Arbeit mit Gruppen

Frauen, die mit Gruppen arbeiten, die informieren wollen, Themen erarbeiten müssen, Wissen weitergeben wollen, Menschen zum Nachdenken anregen möchten, Entscheidungen herbeiführen müssen und die Kommunikation in der Gruppe fördern wollen,

Dies und Das

stehen bei diesen Aufgaben immer wieder vor der Frage: Wie kann ich die Gruppe, die Einzelnen zur Mitarbeit aktivieren?

Ein Seminar für Fachfrauen bietet die Gelegenheit, eine Vielfalt von Methoden zu erlernen, um dann aus der Fülle heraus mehr Variationsmöglichkeiten für die eigene Arbeit nutzen zu können. Es ist wichtig herauszufinden, welche Methoden mit dem persönlichen Führungsstil übereinstimmen, und Kriterien zu entwickeln, welche Arbeitsweise für welche Gruppe in der jeweiligen Situation geeignet ist. Auch mit Motivation und Widerständen wird sich befasst. Neben dem praktischen Erlernen und der Reflexion der verschiedenen Methoden gibt es Informationseinheiten.

Termin: 12. - 13.3.2008 • Kosten: 195 Euro Anmeldeabschluss: 12.2.2008

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München Tel. 0 89-23 88 91 20 • Fax: 0 89-23 88 91 15 kontakt.informationsstelle@imma.de www.imma.de

Aktiv gegen rechtsradikale Propaganda und rassistische Aktivitäten

In Zusammenarbeit mit der Nachbarschaftshilfe München führt das Bayerische Seminar für Politik ein internationales Wochenendseminar durch. Dort wird mit Materialien aus dem Anti-Rassismus-Trainings-Koffer gearbeitet. Mögliche Einsatzbereiche sind Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Ansprachen und Vorgehensweisen rechtsradikaler Leitfiguren werden analysiert. In Übungen und Planspielen soll sich mit verschiedenen Situationen aus dem Alltag auseinandergesetzt werden. Ziel ist, Argumente zu erarbeiten, Strategien zum Reagieren und Handeln zu entwickeln.

Termin: 22. - 24.2.2008

Kosten: 67 Euro bei ÜN/DZ, EZ: 103 Euro Anmeldeabschluss: 8.2.2008

Anmeldung schriftlich bei: Bayerisches Seminar für Politik e. V. Oberanger 38/1 • 80331 München Tel.: 0 89-2 60 90 06 • Fax: 0 89-2 60 90 07 bsp@baysem.de • www.baysem.de

Handreichungen für Klassenfahrt

Bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Klassenfahrten ergeben sich immer wieder viele Fragen zur Organisation und inhaltlichen Gestaltung. Der Verband Deutscher Schullandheime hat zu diesem Bereich in den letzten Jahren zahlreiche Veröffentlichungen herausgegeben. Der pädagogische Arbeitskreis des Verbandes Deutscher Schullandheime e. V. hat nun eine CD-ROM »Handreichungen« erstellt, auf der wichtige Erfahrungen für Schullandheimaufenthalte mit Klassen und Gruppen

aller Altersstufen und Schularten zusammengestellt sind.

Die CD-ROM ist in vier Teile aufgeteilt. Sie umfasst neben den Hinweisen und Hilfen für die Planung und Durchführung von Klassenfahrten und Schullandheimaufenthalten auch über 150 Projektvorschläge und Ideen für Aktivitäten im Schullandheim oder auf einer Kinder- und Jugendreise.

Informationen unter:

www.schullandheim.de/planungshilfen
Verband Deutscher Schullandheime e. V.
Pädagogische Arbeitsstelle
Mendelssohnstr. 86 • 22761 Hamburg
Tel.: 0 40-8 90 15 41 • Fax: 0 40-89 86 39

Theater Mumpitz in Nürnberg »Ox und Esel« – zur Weihnachtszeit

In der Nacht sprechen die Tiere, in der Nacht treffen sie sich alle. Da werden alle Fragen gefragt und alle Lieder gesungen. In der Nacht und im Theater. Und so bringt das Theater Mumpitz zur Weihnachtszeit den Renner »Ox und Esel« von Norbert Ebel für ZuschauerInnen ab 6 Jahren.

Das Stück spielt in einer bitterkalten Nacht in Bethlehem. Kein Stern leuchtet am Himmel. Die Menschen sind früh schlafen gegangen. Nicht so Ox und Esel. Denn in ihrem Stall, genauer gesagt in ihrer Krippe und, um ganz genau zu sein, auf ihrem Fressen liegt ein Kind und schreit. Einfach so. Der missgelaunte Ox will das Kind auf der Stelle loswerden, schließlich hat er Hunger. Doch der harmoniebedürftige Esel ist sich da nicht so sicher. Es könnte ja ein ganz besonderes Kind sein, zum Beispiel das Jesuskind, ist doch die Zeit danach.

»Das ideale Schauspieler-Duo Michael Bang und Michael Schramm balanciert mit Stan&Ollie-Attitüde durch die Besinnlichkeit, die Andrea Maria Erls Inszenierung als kitschfreie Reflexionsebene souverän behauptet. Schöne Bescherung.«, schreibt die AZ in einer Kritik.

Informationen unter:

Theater Mumpitz
Michael-Ende-Str. 17 • 90439 Nürnberg
Tel.: 09 11-60 00 50 • Fax: 09 11-60 00 555
info@theater-mumpitz.de
www.theater-mumpitz.de

»Der Schimmelreiter« in der Schauburg in München

Das Theater der Jugend am Elisabethplatz in München bringt im Januar 2008 mit dem Stück »Der Schimmelreiter« die tragische Geschichte des Hauke Haien auf die Bühne, der, von armen Kleinbauern abstammend, sich sein Wissen als Autodidakt erarbeitet. Technische Kenntnisse, brennender Ehrgeiz und unermüdlicher Fleiß prädestinieren ihn trotz seiner Herkunft für das Amt des Deichgrafen. Aber privates Glück bleibt ihm, der nicht frei von Verachtung und Hass gegenüber seinen Mitmenschen ist, versagt. Gegen einen Konkurrenten und

misstrauische Dorbewohner muss er kühne Pläne durchsetzen: einen neuen, architektonisch kühnen Deich. Eine bei dessen Bau falsch getroffene Entscheidung lässt den Deich während einer schweren Flut brechen und vernichtet Hauke Haiens Familie. Er selbst stürzt sich daraufhin mit seinem Schimmel in die tosende Flut.

Der Regisseur Beat Fäh hat sich schon mehrfach als Spezialist für Prosastoffe auf der Bühne ausgewiesen. In seiner Bearbeitung von Theodor Storms gespenstischer Novelle stellt er Ignoranz, Trägheit, Neid und die zerstörerische Gewalt der Natur in den Mittelpunkt.

Informationen gibts bei:

SchauBurg – Theater der Jugend

Franz-Joseph-Str. 47 • 80801 München

Tel.: 0 89-23 33 71 55

www.schauburg.net • theater@schauburg.net

Kulturpädagogik – berufsbegleitende Zusatzausbildung

Kinder und Jugendliche finden in Kunst und Kultur die Plattform, ihre Befindlichkeiten und Sehnsüchte auszudrücken und zu gestalten. Mit Freude, Spaß und Lust eignen sie sich die Welt an und teilen sich auf künstlerische Weise mit. Kunst fordert paradoxe Lösungen heraus und erlaubt, die Grenzen des Alltäglichen zu überschreiten.

Eine vom Institut für Jugendarbeit des BJR in Gauting in Kooperation mit bayerischen Jugendbildungsstätten und der Bayerischen Musikakademie Hammelburg angebotene berufsbegleitende Zusatzausbildung befähigt, kulturelle Bildungsprozesse in der Kinder- und Jugendarbeit zu initiieren und Jugendräume zu gestalten. Die Ausbildung vermittelt die Erfahrung der eigenen schöpferischen Fähigkeiten, die Auseinandersetzung mit der individuellen Konzeptfindung und die praktische Anleitung von kreativen Prozessen.

Infotage: im April 2008

Beginn: September 2008

Information und Beratung:

Institut für Jugendarbeit Gauting

Germeringer Str. 30 • 82131 Gauting

Tel.: 0 89-89 32 33-0 • Fax: 0 89-89 32 33-33

info@institutgauting.de

Programm 2008 des

Instituts für Jugendarbeit in Gauting

Um zum »lebenslangen Lernen« auch für Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe beizutragen, bietet das Institut für Jugendarbeit auch für 2008 wieder ein attraktives Programm mit zahlreichen interessanten Tagungen, diversen Zusatzausbildungen und einer Vielzahl thematischer Seminare an.

Das Programm kann angefordert werden:

Institut für Jugendarbeit Gauting

Germeringer Str. 30 • 82131 Gauting

Tel.: 0 89-89 32 33-0 • Fax: 0 89-89 32 33-33

info@institutgauting.de

www.institutgauting.de

Dies und Das

Von Topmodel bis Einzelkämpfer – Mädchen und Jungen und ihre Programmvorlieben

Ob Mädchen oder Jungen – die Lust am Fernsehen verbindet die meisten Kinder. Welche Sendungen sie sich ansehen, ist aber abhängig vom Geschlecht. Mädchen bevorzugen spannende Abenteuer- und Beziehungsgeschichten gleichaltriger Heldinnen und Helden oder Casting-Shows. Für Jungen dagegen kann es oft nicht rasant und drastisch genug zugehen: Sie stehen auf coole Typen und harte Action. Das Fernsehen bietet für Kinder eine Vielzahl an Identifikationsmustern und Rollenbildern und manche sind als Orientierungsrahmen nicht unproblematisch. FLIMMO, der Programtleitfaden für Eltern und Erziehende zeigt in seiner neuen Ausgabe, welche Sendungen Mädchen und Jungen favorisieren und worauf Eltern in diesem Zusammenhang achten sollten.

Öffentliche Bezugsstellen finden sich unter www.flimmo.tv/bezugsstellen

Seid Ihr noch zu retten?!

Aktion Meteoritenkids!

Da auch die Kleinen unter uns schon viel zu Eine-Welt-Themen aus ihrer Sicht sagen können, hat das Nord-Süd-Forum München die Online-Aktion »Meteoritenkids« gestartet. Hier können Kinder erzählen, was sie selbst tun, um die Welt lebenswerter zu gestalten. Zum Abschluss der Aktion findet am 12.12.2007 ein Treffen mit Herrn Bürgermeister Hep Monatzeder im Münchner Rathaus statt. Dort werden die zehn tollsten, pfiffigsten Ideenträger prämiert. Alles Wissenswerte zum Mitmachen findet sich auf der Internetseite:

www.mucwelt.de.

Sei nicht blök

Eine sattgrüne Wiese, auf der eine Schafherde friedlich weidet. Die Tiere zupfen Gras und blöken wohlgelaunt. Der Animationsfilm »Sei nicht blök« beginnt wie eine Erzählung aus einer Welt, in der alles noch in Ordnung ist. Doch dann taucht ein deutscher Schäferhund auf, der mit seiner Redegewandtheit und seinem herrischen Auftreten die Herde verführt. Nach kurzer Zeit folgen die Schafe, nun kahrlasiert und stramm in Reih und Glied marschierend, dem Führer. Dieser leitet sie in eine endlose Wüste, die sich bis zum fernen Horizont erstreckt. Die Herde geht begeistert singend bzw. blökend mit. Nur ein einziges Schaf erkennt den Schwindel, begreift die Gefahr, die Situation, vielleicht den eigenen Fehler, und fasst einen schnellen Entschluss. Es schert aus, dreht sich um und macht sich mutig und allein auf den beschwerlichen

Rückweg. »Denk schaf nach, bevor du jemandem hinterherrennst, sei nicht blök.« Der zweiminütige Film war bereits in Kinos im Vorprogramm und auf Festivals zu sehen. Er regt trotz oder vielleicht auch gerade wegen seiner lustigen Machart zum Nachdenken und zur Diskussion an und eignet sich gut als Einstieg in Bildungsveranstaltungen mit Jugendlichen.

Der Film ist entleihbar über www.migration-online.de/medienverleih

Internetportal EUlisses

Die europäische Kommission für Beschäftigung und Soziales hat das Internetportal EUlisses (EU-Links and Information on Social Security/EU-Links and Informationen über die soziale Sicherheit) ins Netz gestellt. Hier finden UnionsbürgerInnen Antworten auf die meisten Fragen zur sozialen Sicherheit beim Wechsel in ein anderes Land. Die Informationen beziehen sich auf die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Norwegen, Island, Liechtenstein und die Schweiz. Zunächst gibt es einen Katalog von Antworten auf häufig gestellte Fragen (FAQ). EUlisses legt Wert darauf, dass die Antworten verbindlich sind. Zur Vertiefung stehen Links auf nationale Portale zur Verfügung. Ein weiteres Angebot ist ein Glossar, das Begriffe im Rahmen der sozialen Sicherheit erläutert. Daneben finden sich schließlich thematisch verwandte Verordnungen und Richtlinien sowie die neuesten Nachrichten aus Europa zu diesem und verwandten Themen.

Informationen unter:

www.ec.europa.eu/employment_social/social_security_schemes/eulisses/jetspeed/portal/media-type/html/language/de/user/anon/page/homepage.psm1



STUDIENREISEN
zu Geschichte, Politik, Literatur und
Jüdischem Leben in den
Oster-, Pfingst- und Sommerferien!
u.a. nach Lemberg, Odessa, Krim, Sarajevo,
Rumänien, St. Petersburg, Israel, New York

Fordern Sie unseren Katalog an:
www.eol-reisen.de, info@eol-reisen.de
Tel. 030-62908205, Fax: 030-62908209
Neue Grünstr. 38, 10179 Berlin

Die Klassenfahrtseite



schulfahrt.de
Katalog+Beratung: 0 35 04-64 33-0

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Dezember und im Januar Geburtstag feiern, ganz besonders

Leonhard Münchmeier, Hof, zum **86.**

Rudolf Schnitzspan, Sonnefeld, zum **84.**

Prof. Dr. Andreas Möckel, Würzburg, zum **81.**

Dr. Werner Reimuck, München, zum **79.**

Alberto Gelardi, Nürnberg, und

Ludwig Jahreis, Nürnberg, zum **78.**

Roland Heitel, Stockdorf, und

Konny Kittl, München, zum **77.**

Dr. Johannes W. Raum, Langenbach, zum **76.**

Ingelore Pilwousek, München,

Ernst Grube, München, und

Nikolaus Himmelstoss, Mühldorf, zum **75.**

Hans-Heinrich Stark, Hof, zum **74.**

Carol Sue Dürr, München,

Renate Etzrodt, Wolfratshausen,

Christel Steinke, Starnberg,

Dr. Thilo Castner, Kalchreuth,

Werner Ernenputsch, Solnhofen,

Leo Krause, München, und

Hans Limmer, München, zum **73.**

Gereon Heidrich, München, zum **72.**

Sabine Burchhard-Stahnsdorf, München, zum **71.**

Ilse Kiefer, Fürth,

Bärbel Rauch, Herrsching, und

Neithard Schulte, Bamberg, zum **70.**

sowie zum **65.**

Brigitte Kampffmeyer-Möhling, München,

Dr. Ute Kort-Krieger, Ismaning,

Gudrun Lehmann, Schwarzenbach,

Frigga Schiel, München,

Irene Schiesser, Bamberg,

Gudrun Wiegand, Palling,

Hans Braunschmidt, Tiefenbach,

Lothar Büch, Meitingen,

Dr. Manfred Franze, Ebermannstadt,

Hannes Macher, München,

Reinhold Müller, Auhausen,

Lutz Peters, Nördlingen,

Gerd Pschorn, München, und

Harald Queck, München.

Interessante Veranstaltungen ab Dezember 2007

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an das GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit an untenstehende Adresse.

07.-09.12.07	Bildung sichtbar machen. DozentInnenausbildung der GEW für das »Bildungsbuch«. Teil 1 (von 1-3, insges. 11-tägig). Mit Dr. M. Reißmann, T. Krey-Gerve, Dr. W. Dießner u.a., Veranstalter: GEW-Hauptvorstand/ VB Jugendhilfe und Sozialarbeit */** Infos: juhi@gew.de Tel.: 0 69-78 97 33 28 (Bernhard Eibeck)	Fort- und Weiterbildung (3 Seminarblöcke, Kosten ca. 1250 Euro)	Eisenach/Thüringen
12.12.07	Wollen wir Noten? Mit Ursula Leppert und Monica Schroeger	Infoabend der LA-Kampagne	München Uni, Leopoldstr. 13, 18.00 Uhr
14.12.07	Jahresabschlussfeier der GEW Aschaffenburg	Rück- und Ausblick	Aschaffenburg Hofgut Fasanerie, 19.00 Uhr
09.01.08	Wie finde ich die richtige Klassenlektüre? Mit Daniela Kern von der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)	Infoabend der LA-Kampagne	München Uni, Leopoldstr. 13, 18.00 Uhr
17.01.08	Von Rondo bis Funk. Trommelworkshop mit Angelika Kreuzberger Veranstalter: GEW-Oberbayern	Workshop	Waldkraiburg HS Dieselstraße, 14.30 Uhr
18.-19.01.08	Interkulturelles Training: Demokratie – Toleranz – Solidarität Mit Wunibald Heigl, Anmeldung bis 9.1.: gew-la@stuve.uni-muenchen.de	Seminar der LA-Kampagne	München Gewerkschaftshaus
25.-27.01.08	Perspektiven der Studienfinanzierung – »Bedingungsloses Grundeinkommen« statt »mehr BAFöG?« */** Veranstalter: GEW-Hauptvorstand, Infos+Anmeldung: brigitte.eschenbach@gew.de	Seminar für Studierende	Ort: NN bitte bei Anmeldung nachfragen
30.01.08	Elternarbeit mit Migrantenfamilien in pädagogischen Berufen. Mit H. Beyram * Anmeldung bei: Peter Caspari, Tel. 0 81 24-92 37, Fax: 0 81 24-90 96 32 gew.oberbayern@t-online.de	Infoabend	Eching Volksschule, 19.30 Uhr
01.-03.02.08	Von A wie Arbeitserlaubnis bis Z wie Zulassung – zur Beratung ausländischer Studierender. */** Veranstalter: GEW-Hauptvorstand, Infos+Anmeldung: brigitte.eschenbach@gew.de	Seminar für Studierende	Ort: NN bitte bei Anmeldung nachfragen
11.-15.02.08	Bildung sichtbar machen. DozentInnenausbildung der GEW für das »Bildungsbuch«. Teil 2 (von 1-3, insges. 11-tägig). Mit Dr. M. Reißmann, T. Krey-Gerve, Dr. W. Dießner u.a., Veranstalter: GEW-Hauptvorstand/ VB Jugendhilfe und Sozialarbeit */** Infos: juhi@gew.de Tel.: 0 69-78 97 33 28 (Bernhard Eibeck)	Fort- und Weiterbildung (3 Seminarblöcke, Kosten ca. 1250 Euro)	Herrenberg/Württemberg

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per e-mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über: GEW-Büro z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, E-mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr

Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten.
Im Dezember und Januar gilt unser Dank ganz besonders

Wolfgang Meffert, SeBlach, und
Ludwig Reitberger, München, für **62 Jahre**
Rudolf Braun, Nürnberg, für **61 Jahre**
Ingelore Pilwousek, München, für **58 Jahre**
Prof. Dr. Andreas Möckel, Würzburg, und
Leonhard Münchmeier, Hof, für **56 Jahre**
Grete Wälzlein, Bad Füssing, und
Rudolf Zellner, Pöcking, für **55 Jahre**
Johann Holzner, Wörth, für **54 Jahre**
Prof. Dr. Hans Girod, Altdorf, für **52 Jahre**
Rudolf Schnitzspan, Sonnefeld, für **51 Jahre**
Gerhild Fabian, Erlangen,
Gertrud Neidiger, Nürnberg,
Dietlinde Stücklen, Gröbenzell,
Alfred Berger, München,
Lothar Büch, Meitingen,
Roland Heitel, Stockdorf,
Dietmar Lindner, Ansbach,
Hans H. Meier-Scherrmann, Germering,
und
Hartmut Meinel, München, für **40 Jahre**

sowie für **35 Jahre** Mitgliedschaft
Edeltraud Ackermann-Longhi, Wasserburg,
Philippine Bierlmeier, Blaichach,
Regina Brocke, München,
Ursula Ebell, München,
Marlies Fuchs, Regensburg,
Erika Garos, Fürth,
Veronika Kessler, Stephanskirchen,
Monika Langer-Köppel, München
Monika Meier-Tybl, Grafrath,
Eva-Maria Mock, Dorfen,
Antoinette Müssener, München,
Gisela Ruschig, Drosendorf,
Gabriele Schlund, Hettstadt,
Irmgard Spengler, München,
Gisela Steinwachs-Hockel, München,
Elisabeth Weiß-Söllner, München,
Veronika Wölk, Uttenreuth,
Wolfgang Baigger, Nürnberg,
Walter Barthel, Nürnberg,
Hartmut Castner, Bubenreuth,
Dr. Thilo Castner, Kalchreuth,
Herbert Diefenthaler, Memmingen,
Gerd Faber, München,
Horst Gemeinhardt, Baiersdorf,
Dr. Michael Gumtau, Eichenau,
Bernhard Harles, Puchheim,
Gereon Heidrich, München,
Henning Hoffsten, München,
Marian Janka, Schweinfurt,
Eginhard König, Regensburg,
Heinrich Kregel, Nürnberg,
Helmut Metzger, Lichtenau,
Franz Mock, Dorfen,
Jan Moeller, Ruhpolding,
Siegfried Oberdörfer, Kempten,
Maximilian Ott, Johannesberg,
Günter Pierdzig, Bamberg,
Dr. Fritz Reheis, Rödental,
Dr. Werner Rink, Uttenreuth,
Dr. Franz Ritter, Ichenhausen,
Dr. Uwe Rust, München,
Jürgen Schlamp, München,
Hans Schlund, Hettstadt,
Udo Scholz, Ergolding,
Karl Stöger, München,
Frank Striegler, Dachau,
Klaus-Peter Sußbauer, Nürnberg,
Klaus Weiss, München,
Klaus Wissert, Dachau, und
Franz Wolf, Lohr.

Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AjuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter www.AjuM.de (Datenbank) oder www.LesePeter.de.



Im Dezember 2007 erhält den LesePeter das Bilderbuch

Wolf Erlbruch: Ente, Tod und Tulpe
München • Kunstmann 2007 • 32 S. • geb. • 14,90 Euro •
für alle Altersstufen

Es gibt einige Bücher über den Tod, auch Bilderbücher, aber wohl bis jetzt keines über das Sterben. Erlbruch gelingt sowohl für Kinder als auch für Erwachsene (je auf einer adäquaten Ebene) eine Versöhnung mit dem Tod.

Wunderbare Bilder erleichtern den Weg. Wenn man wirklich dereinst so sterben könnte!

Im Januar 2008 erhält den LesePeter das Kinderbuch

Lucy und Stephen Hawking:
Der geheime Schlüssel zum Universum, illustriert von
Quint Buchholz
cbj 2007 • 267 S. • geb. • 16,95 Euro • ab 10 Jahren

Als George Annie kennenlernt, ist nichts mehr so, wie es war. Annies Vater Eric ist Besitzer von Cosmos, einem superintelligenten Computer, der die Kinder auf faszinierende Reisen in den Weltraum mitnimmt. Aber dann drohen Gefahren: Nicht nur verschwindet Eric in einem schwarzen Loch, sondern ein Gangster entführt Cosmos – und der ist der Einzige, der Eric die Rückkehr ermöglichen könnte ...

GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Isabella Zang, ☎ 0 60 92/72 71

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen jeden letzten Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr, Braunbierhaus gegenüber Stadtkirche Bayreuth, 19.00 Uhr Vorstands-Treff
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr, Arbeitslosenberatung: jd. 1. Mittw. 16-18 Uhr und jd. 3. Mittw. 18-20 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Manfred Lindner, ☎ 0 84 56/91 81 73

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/98 48 48, gew-unterallgaeu@gmx.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatlich, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus,
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot
Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni
Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag, 20.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Brauhaus am Markt
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Reichelbräustüberl, Ackerstraße, Nähe JUZ
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 52 76 85

www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft: GEW

BILDUNG IST MEHRWERT!

Tarifrunde 2008: Portal online

Im Januar 2008 beginnt die Tarifrunde für Bund und Kommunen.
Für die Beschäftigten in pädagogischen Berufen geht es in den Verhandlungen um eine kräftige Anpassung ihres Gehalts. Denn nach jahrelangen Sparkonzerten ist es endlich an der Zeit, dass pädagogische Arbeit auch angemessen bezahlt wird.
Argumente, Meinungen und Tarifforderungen: reinklicken in www.gew-tarifrunde2008.de